

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 Pf. (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbeleg 4,32 Pf. einschließlich 80 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 8.— Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Frachtfußporto 5.— Pf.

Das „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrations-Sonntagsbeilage „Zeit und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 293-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Wirt.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 63-66.

Dienstag
10. November 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige, konsequente 40 Pf. Preisbeilage 5.— Pf. „Kleine Nachrichten“ aus festgebundener Wart 25 Pf. wöchentlich zwei festgebundene Wart, jedes weitere Wart 12 Pf. Monat 12 Pf. Einmalige das erste Wart 10 Pf., jedes weitere Wart 10 Pf. Wart über 10 Buchstaben zahlen für zwei Wart, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 6 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Weitere Lohnsenkung unmöglich

Ein richtungweisender Spruch in der Berliner Metallindustrie.

Vor dem Schlichtungsausschuß wurden gestern die Verhandlungen über den Neuabschluß des Lohn-tarifvertrages der Berliner Metallarbeiter fortgesetzt. Ihr Ergebnis war die Verkündung eines Schiedsspruches, wonach das Lohnabkommen unverändert verlängert wird und mit 14-tägiger Frist erstmalig zum 13. Dezember kündbar ist. Die Erklärungsfrist zu diesem Schiedsspruch läuft bis zum 14. November.

Der Vorsitzende der Schlichtungskammer, Gewerberat Körner, gab dazu die folgende Begründung: Die Gesehungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausführung angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken.

Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich.

Vor allem muß die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück verbilligt werden. Es ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, daß der Facharbeiter sechs, der ungelehrte Arbeiter acht bis zwölf und die Arbeiterin und der jugendliche Arbeiter 15 Proz. und mehr ihres Nettolohnes hierfür aufwenden müssen.

Grundsätzlicher Spruch.

Die unterste Grenze des Lohnabbaus.

Dieser Spruch und noch vielmehr die Begründung, die ihm beigegeben ist, ist von größter grundsätzlicher Bedeutung. Die Begründung spricht offen aus, was ein jeder Arbeiter, jeder sozial und gerecht denkende Mensch weiß: so geht es nicht weiter! Es muß ein Ende haben mit der Verelendung der Arbeiterschaft, wenn nicht die deutsche Wirtschaft und das gesamte deutsche Volk auf immer schwersten Schaden davontragen soll!

Sie spricht es deutlich aus, daß die Senkung der Produktionskosten allein von der Lohnseite her in die Katastrophe führt, in die Katastrophe des Zusammenbruchs der menschlichen Arbeitskraft. Dieser Spruch ist ein Aufschrei gegen die Einsichtslosigkeit und die Brutalität des Unternehmertums, das in grenzenlosem Lohndruck gegen die Arbeiterschaft das einzige Heilmittel erblickt.

Dieser Spruch ist richtungweisend! An diesem Spruch wird der Wirtschaftsbeirat nicht vorbeigehen können, wenn er das Lohnproblem erörtert. Mit einem Schlage wird der Vorhang vor der Tat der Arbeiterschaft hinweggezogen, wird aufgezeigt, was Lohnsenkung bedeutet! Die deutsche Arbeiterschaft ist das größte Aktivum der deutschen Wirtschaft. Eine kurzfristige, sozial ungerechte Lohnsenkungspolitik hat dies Aktivum auf das schwerste geschädigt — die Fortsetzung dieser Politik würde seinen Zusammenbruch herbeiführen. An diesem Spruch wird die Arbeiterschaft festhalten gegenüber allen Versuchen, das Lohnniveau noch weiter herunterzudrücken. Die unterste Grenze ist erreicht, wenn nicht bereits überschritten — bis hierher und nicht weiter!

Mit Recht wendet sich der Vorsitzende des Berliner Schlichtungsausschusses an die Reichsregierung, die wohl immer erklärt, daß sie eine Senkung des Realeinkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht wolle, aber bisher so gut wie nichts getan hat, um die gebundenen Preise in Deutschland zu senken! Zu diesen gebundenen Preisen gehören, soweit sie die Lebenshaltungskosten direkt berühren, nicht nur die Mieten, die Ausgaben für Steuern, Sozialbeiträge, Fahrtkosten, Gas, Wasser und Elektrizität. Hier ist seit einem Jahr statt eine Senkung eine Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten, und es droht jetzt eine weitere Verteuerung des Brotes.

Nach den Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung ist im ersten Halbjahr dieses Jahres das

Einkommen der Arbeiter und Angestellten um etwa drei Milliarden gesunken. Dabei ist der Abbau der über-tariflichen Löhne und Gehälter nicht in Rechnung gestellt. Man dürfte kaum übertreiben, wenn man den Abbau der übertariflichen Löhne und Gehälter gleich groß setzt dem Abbau der Tariflöhne. In den Industrie-gruppen, wo vornehmlich in Akkord gearbeitet wird, ist dieser Abbau besonders stark und dürfte erheblich über den Abbau der Tariflöhne hinausgehen. Aber auch die Monatsgehälter der Angestellten, wie zum Beispiel im Berliner Einzelhandel, sind, soweit sie über den Tarif-gehältern lagern, auf diese reduziert worden!

Dieser uferlose Lohnabbau hat zu der außerordent-lichen Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland geführt. Der Beschäftigungsgrad in Deutschland ist ständig zurückgegangen. Das zeigt, wie ungeheuer die Kaufkraft in Deutschland zusammengeschrumpft ist. Eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise auf dem Wege des Lohnabbaus ist also ein wirtschaftlicher Unsinn.

Wie tief heute das Lohnniveau herabgedrückt worden ist, zeigt ein von den Vertretern des Deutschen Metall-arbeiterverbandes zitiertes Beispiel des Transport-arbeiters in der Berliner Metallindustrie, der ein Schwerkraftarbeiter ist und dem nach Bestreitung der Ausgaben für Miete, Steuern, Sozialbeiträge, Fahrtkosten, Gas und Wasser, also Ausgaben, bei denen er nichts ein-sparen kann, eine Summe von 10 bis 12 Mark die Woche zur Bestreitung der Ausgaben für die Lebens-haltung für sich und seine Familie bleiben. Daß unter diesen Umständen der Schlichter erklärt, und nach bestem Wissen und Gewissen erklären muß: „Diesen Lohn kann ich nicht mehr herabdücken“ — ist der Aufschrei eines Bewußtseins!

Sowohl der Reichskanzler wie auch der Reichsarbeits-minister haben wiederholt erklärt, daß die Senkung der Ge-sehungskosten nicht immer nur einseitig von der Lohnseite vorgenommen werden dürfe. Diesen Worten haben sie aber nicht die Tat folgen lassen. Der Vorsitzende des Ber-liner Schlichtungsausschusses wiederholt diese Worte, aber da er sie wiederholt, werden sie zur Tat.

Die gesamte Öffentlichkeit muß sich darüber klar sein, daß jede weitere Lohnsenkung nicht nur eine soziale Un-gerechtigkeit ist, sondern daß sie zur sozialen Katastrophe führt! Die Arbeiterschaft wird alles aufbieten, um diese Katastrophe abzuwehren. Schluß mit der Lohn-senkungspolitik!

Wir sparen uns zu Tode.

Das Einmaleins der Einschrumpfung.

Von Anton Erkelenz.

Mit unserer Wirtschaftsvernunft haben wir es herrlich weit gebracht. Vor einem Jahr war es Mode darzulegen, daß Lohnherabsetzung notwendig sei, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Denn der Gesamtbetrag des ausgezahlten Lohnes verteilte sich bei niedrigeren Löhnen auf eine größere Zahl von Arbeitern. Lohnherabsetzung bringe also soziale Erleichterung durch Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die elementarste Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sagte zwar von vornherein, daß diese An-nahme falsch sein müßte. Aber erst jetzt, nachdem durch Lohn-herabsetzung weitere zwei Millionen Menschen arbeitslos geworden sind, findet der eine oder andere doch ein Haar in dieser Einschrumpfungspolitik. Die Finanz-wirtschaft des Kabinetts Brüning begann vor zwei Jahren mit der Weisheit, daß das Reich 400 Millionen Mark beim Wohnungsbau sparen müsse. Nachdem durch diese und ähnliche Weisheiten inzwischen 80 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos geworden sind, kommt man auf die Idee, 250 Mil-lionen Mark für die sogenannte Rotationsiedlung von hunderttausend Arbeitslosen auszugeben — ein Geschäft, das wieder mit einem großen Fiasko enden wird. In Deutsch-land mußte der Lohn abgebaut werden, um die Preise senken zu können, damit auf diesem Wege die Ausfuhr gesteigert werden könnte. Jeder Mensch konnte voraussehen, und manche von uns haben es in Reden und Vorfällen vorher-gesagt, daß die anderen Länder sich ein solches Dumping nicht gefallen lassen würden, daß sie entweder auch die Löhne ab-bauen oder durch hohe Zölle sich gegen die deutsche Einfuhr schützen würden. Die un vermeidliche Forderung des Schweizer Handelsvertrages zeigt, daß die unvermeidliche Forderung aus diesem Vorgehen jetzt eintritt. Und wenn nächstens Eng-land den Schutz Zoll einführt, dann werden wir erst recht er-fahren, welche Welle durch eine solche „Politik“ mit in Be-wegung gesetzt worden ist. Blindheit ist heute Mode. Voraussehen, das tun, was eigentlich die Aufgabe des guten Geschäftsmannes und des guten Politikers ist, gilt heute als eine Sünde.

So steht Deutschland, neuerlich auch England, unter dem Einfluß der Sparpanik. Es soll „gepari“ werden, um die Haushalte auszugleichen, sowohl die öffentlichen als die privaten. Wenn man „gepari“ hat, stellt sich heraus, daß

Bilanz der Volksgesundheit.

Eine Denkschrift und eine Anklage.

der Haushalt weiter als je von der Ausgleichung entfernt ist. Sofort taucht die verdrehte Idee auf, weiter zu „sparen“, worauf man nach einem halben Jahr einseht, daß der Ausgleich noch unmöglicher geworden ist. Und so „sparen“ wir uns alle gegenseitig zu Tode, machen uns alle arbeitslos, über-treiben das Uebel, das schon aus verschiedenen Ursachen in die Welt gekommen ist, noch durch Sparpolitik.

Nehmen wir uns das an einem praktischen Beispiel, das heute tausendfach im Leben vorkommt, zahlenmäßig klar: ein Betrieb hat 1000 Arbeiter, die durchschnittlich täglich 5 Mark pro Kopf verdienen. Bei voller Arbeitszeit gibt der Betrieb also für Lohn aus täglich 5000 Mark, wöchentlich 30 000 Mark, vierwöchentlich 120 000 Mark. Durch Lohnherabsetzung, sagen wir von 10 Proz., können also 12 000 Mark „gespart“ werden. Das erscheint dem Unternehmer als ein gutes Geschäft. Er setzt also den Lohn herab. Was ist die Folge? Jede fünf Mark, die weniger in den Verbrauch eingehen, die also weniger verausgabt werden, man könnte auch sagen, die „gespart“, d. h. dem Verbrauch entzogen, werden, machen einen Arbeiter für einen Tag arbeitslos. Durch die 12 000 Mark, die hier neu „gespart“ werden, entstehen also 2400 Tage neuer Arbeitslosigkeit. Rechnet man für diese Lohnherabsetzung etwa 100 Arbeiter neu arbeitslos. Diese hundert haben einen Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, aus der Krisen-fürsorge oder aus der Wohlfahrtspflege. Nehmen wir an, daß der Unterstützungsbetrag monatlich 80 Mark pro Arbeitslosen beträgt, so kosten die hundert neu Arbeitslosen 8000 Mark Unterstützung im Monat. Arbeit können sie nicht dafür leisten. Wer aber muß die 8000 Mark aufbringen? In normalen Zeiten, wenn nur wenige Betriebe nach diesem Rezept „sparen“, verteilen sich diese Kosten auf die gesamte Wirtschaft und werden dadurch wenig fühlbar.

In einer Zeit wie heute, wo die Sparpolitik alle öffentlichen und privaten Betriebe ergriffen hat, wo jeder zu „sparen“ versucht, muß jeder Betrieb die Gelder für die Unterstützung der Menschen aufbringen, die er beschäftigungslos, unterstützungsbedürftig gemacht hat. In unserem Beispiel also: die 8000 Mark Unterstützung müssen mittelbar und unmittelbar getragen werden von den im Betrieb beschäftigten tausend Arbeitern und Angestellten und von dem Unternehmer dieses Betriebes. Sie müssen das Geld aufbringen entweder in Form erhöhter Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder in Form erhöhter Steuern und Abgaben. Die 8000 Mark gehen also von den Einkommen der noch beschäftigten Arbeiter wieder ab. Sie können entsprechend weniger verbrauchen, und es entstehen 1600 Tage neuer Arbeitslosigkeit, das heißt 64 Menschen werden neu arbeitslos. Sie haben wieder Anspruch auf Unterstützung: kostet 5120 Mark im Monat. Dieser Betrag muß wieder von den noch in Beschäftigung stehenden Arbeitern und dem Unternehmer des Betriebes aufgebracht werden. Die dadurch entstehende Verbrauchseinschränkung bringt wieder 1028 Tage neuer Arbeitslosigkeit, das heißt rund 40 neue Arbeitslose = 3200 Mark für neue Unterstützungsverpflichtungen.

Man sieht, hier ist eine Schraube ohne Ende, denn man könnte die Rechnung noch einige Stunden weiter fortführen. Ergebnis: der Betrieb „spart“ 12 000 Mark an Lohn. Die öffentlichen Kassen werden dadurch belastet mit mehr als 200 neuen Arbeitslosen, die im Monat rund 16 320 Mark an Unterstützung kosten. Aus diesem Zahlenbeispiel kann man schon sehen, weshalb die Hoffnung, die öffentlichen Kassen durch „Sparen“ und Steuern zu sanieren, aussichtslos ist. Je mehr „gespart“ wird, um so höher wird die Last. Aber die Auswirkung geht noch weiter vor sich. Von den in dem gedachten Betrieb Beschäftigten 1000 Arbeitern würde das Reich bei voller Arbeitsleistung im Monat etwa 6000 Mark Lohnsteuer erhalten. Es würde außerdem durch vergrößerten Umsatz mehr Umsatzsteuer usw. erhalten. Es verliert also durch die Lohnkürzung 6000 Mark Einnahme und muß gemeinsam mit Ländern und Gemeinden 16 320 Mark an Unterstützungen bezahlen.

Wie sieht die Sache für den Unternehmer aus? Er „spart“ 12 000 Mark. Aber auch hier gilt dasselbe wie oben. Wenn ein Unternehmer so handelt, wird die Gesamtwirtschaft nicht wesentlich beeinflusst, und Absatz, Gewinn, Steuerleistung usw. der gesamten Unternehmungen bleiben ziemlich unverändert. In einer Zeit aber, wo jeder Unternehmer so „spart“, muß jeder Unternehmer auch die Umsatzeinschränkung tragen, die er verursacht hat. Diese Umsatzeinschränkung tritt zwar nicht schematisch ein. Die Unternehmungen, die sogenannte Luxus- oder weniger lebensnotwendige Waren herstellen, leiden mehr unter der Einschränkung als etwa die Bäckermeister oder die Kartoffel-händler. Im ganzen aber muß die Umsatzeinschränkung sich auf jeden Betrieb auswirken. Das bedeutet aber Steigerung der Produktionskosten. Denn der verringerte Umsatz muß dieselben fixen Kosten tragen. Die Lohnherabsetzung, die ursprünglich gedacht wurde, um die Produktionskosten zu senken, steigert also in Wirklichkeit die Produktionskosten. Sie steigert, wie oben gesagt, auch die Steuerbelastung. Infolgedessen verschwindet in dem Betrieb der Gewinn. Da kein Gewinn da ist und der Umsatz sinkt, bringt der Betrieb für die öffentlichen Kassen weniger an Steuern auf. Der Unternehmer wird selber aber denken, daß er weiter „sparen“ müsse. Er wird also auf den Gedanken kommen, die Löhne wieder herabzusetzen, um dieselbe Schraube wieder weiter zu drehen mit demselben Ergebnis wie oben.

Man sieht, wir sparen uns zu Tode. Wir leben nämlich immer noch in der Meinung, daß das, was für den einzelnen richtig ist, auch richtig sei für alle und für die Gesamtheit, wenn alle es tun. Wer seinen Lebensaufwand einschränkt und dadurch 30 Mark im Monat spart, hat wirklich gespart, vorausgesetzt, daß nicht alle seine Nebenmenschen ebenso handeln, vorausgesetzt also, daß im übrigen alles unverändert bleibt. Sobald aber alle so handeln, wird dieses Sparen zum Wahnsinn, es steigert bestenfalls den Geld-

Ebenso wie ein ordentlicher Kaufmann einmal im Jahre eine Gesamtbilanz seiner Vermögensstücke aufstellt, die ihm zeigen soll, ob sein Unternehmen gesund ist, muß der Staat auch über das wichtigste Gut des Volkes, die Volksgesundheit, eine Bilanz aufstellen, die zeigen soll, ob die Staatspolitik ihrer Aufgabe, das Wohl der Bevölkerung zu fördern — und die Volksgesundheit ist der sichtbarste und unmittelbarste Ausdruck des Volkswohles —, gerecht geworden ist.

Diese Bilanz liegt jetzt vor, niedergelegt in der alljährlichen Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in dem Jahresabschnitt bis zum August 1931. Vielleicht niemals zuvor — von den Kriegsjahren abgesehen — hat diese Denkschrift eine solche Bedeutung erlangt wie in diesem Jahre. Die schwere wirtschaftliche und soziale Krise muß Wirkungen in der Volksgesundheit ausüben. Arbeitslosigkeit, Ernährungsschwierigkeiten, die Wohnungsfrage, die Wohnkämpfe...: all das hat Einfluß auf die Gesundheit der arbeitenden Menschen. In der Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes wird dies auch richtig erkannt. Während in den früheren Jahren solch ein Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialverhältnisse fehlte, wird diesmal dankenswerterweise hervorgehoben:

„Es erscheint besonders geboten, die augenblicklichen gesundheitlichen Verhältnisse zu prüfen, um Anhaltspunkte für die Beurteilung der zu erwartenden gesundheitlichen Auswirkungen der Einschränkungen der zur Wohlfahrt des Volkes beitragenden Aufwendungen zu gewinnen.“

Diesmal spricht das Reichsgesundheitsamt ein Wort aus, das wir bisher leider vernachlässigt haben:

„Die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Volkes bleibt die wichtigste Staatsaufgabe.“

Wir wollen den wichtigsten Teil der Denkschrift vorwegnehmen. Wie wirken sich die Wohnungs-, Ernährungs- und Erwerbslosenverhältnisse auf die Volksgesundheit aus?

Was die Wohnungen anbelangt, so gibt der „allgemeine Wohnungsmangel Anlaß zu vielen hygienischen Beanstandungen“. In den Großstädten lebten nur 73,4 Prozent der Bevölkerung in eigener Wohnung ohne Untermieter. Diese Verhältnisse dürften sich im Jahre 1931 noch verschlimmert haben. Es hat außerdem eine Besserung der Baulastigkeit eingekehrt, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die sinkende Kaufrkraft der Bevölkerung die Bezahlung der hohen Mieten für die Neubauwohnungen unmöglich macht. Die Wohnungsverhältnisse sind also ein Passivposten in der Gesundheitsbilanz.

Ueber die Auswirkungen der Ernährungslage macht die Denkschrift keine klaren Angaben, da es an „zuverlässigen Unterlagen“ fehle. Es ständen zwar Lebensmittel in guter Beschaffenheit ausreichend zur Verfügung, aber die mehr und mehr sich verschlechternden Einkommensverhältnisse immer weiterer Schichten der Bevölkerung zwingen zu größter Wirtschaftlichkeit nach Menge und Wahl der Lebensmittel. Wörtlich heißt es:

Der allgemeine wirtschaftliche Rückgang wird zudem namentlich bei einem nicht geringen Teil der Beschäftigungslosen und Unterstützungsberechtigten, nicht minder aber auch bei zahlreichen viellohnten Arbeiterfamilien, auch nach der Seite der Ernährung hin sich nachteilig auswirken müssen.“

Die Denkschrift stellt auf Grund von Statistiken aus 2000 Arbeiterfamilien fest, daß die durchschnittliche Ernährung in den erfassten Arbeiterfamilien dem Nährwert nach ausreichend und genügend reichhaltig war, und erklärt weiter, es könne also nicht gefolgert werden, daß die Bevölkerung etwa übermäßig nicht instande wäre, sich ausreichend zu ernähren. Diese Forderung ist überholt, da die Statistik nur bis zum Februar 1928 reicht.

Dagegen muß man folgenden Feststellungen voll und ganz zustimmen: „Der Umstand jedoch, daß zur Zeit ganze Bevölkerungsschichten nur bei sehr geringem Reichtum und unter Verzicht auf manche liebgewordene Gewohnheit in der Ernährung wie auch im Verbrauch von Genussmitteln und in den

wert. Dieser Wahnsinn trägt den wissenschaftlichen Namen „Deflation“. Aber ein Irrenhaus bleibt ein Irrenhaus, welchen Namen man ihm auch geben möge. Einschränkung ist das altliberale Rezept für die Ueberwindung von Wirtschaftskrisen. Selbst der Altliberalismus aber hat dabei vorausgesetzt, daß bei Einschränkung auch die Preise sinken. Senken sie sich in demselben Maße wie die Einkommen, so bleibt das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben gleich, und der ganze Prozeß wäre nur ein Umzug in eine niedrigere Preislage. Bei uns sinken aber nicht einmal die Preise. Infolgedessen bedeutet das ganze Verfahren eine tödliche Einschränkung des Wirtschaftslebens.

Der Wolf im Schafspelz.

Hitlers SA. Nagt über Terror.

Wie der nationalsozialistische „Angriff“ mitteilt, wollen zwei SA-Leute vom Reichspräsidenten empfangen werden. Der Reichspräsident soll sich, so fordern sie, dafür einsehen, daß dem mörderischen Treiben verbredlicher Elemente ein Ende gemacht werde. Anlaß dazu ist die Ermordung eines SA-Mannes durch Kommunisten.

Was tut die SA. Hitlers dafür, daß dem mörderischen Treiben verbredlicher Elemente ein Ende gemacht werde? Sie hat in Braunschweig zwei Viehische Morde begangen. Sie überfällt täglich Republikaner, die dem Vordringen von Faschisten und Kommunisten voll Entrüstung gegenüberstehen.

Was unternimmt die Partei des Herrn Hitler? Herr Frick hat Zehntausende von Arbeiterfunktionären an Leib und Leben bedroht. Unter diesen Zehntausenden sind

Aufwendungen für Erholung und Fortbildung in der Lage sind, mit den noch verfügbaren Mitteln auszukommen, und daß tatsächlich überaus zahlreiche Familien nicht einmal mehr die Mittel aufbringen können, sich auch bei bescheidensten Ansprüchen vollwertig zu ernähren, muß für die Gesundheitsbehörden der ernsteste Ansporn sein, diesem ausschlaggebenden Teil der Lebenshaltung der Bevölkerung und den hier drohenden gesundheitlichen Gefahren sein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden.“

Nur für die Gesundheitsbehörden? Sollte nicht vielmehr der „ernsteste Ansporn“ für die Regierung und namentlich für das Ernährungsministerium vorhanden sein?

Nach die Arbeitslosigkeit wird diesmal ausführlicher behandelt als sonst. „Es kann“, so heißt es in der Denkschrift, „kein Zweifel bestehen, daß sich in der steigenden Zahl der Arbeitslosen nicht nur eine

gewaltige soziale und wirtschaftliche Not,

sondern eine überaus ernste Gefahr für die Volksgesundheit offenbart, selbst wenn gesundheitlich ungünstige Folgen dieses Notstandes bisher in den statistischen Feststellungen über Erkrankungen und Sterbefälle noch nicht sichtbar geworden sind. Der Lebensstandard der Volksgesundheit zeigt im allgemeinen bis zum Jahre 1929, teilweise sogar bis 1930 eine aufsteigende Tendenz, so daß zu Beginn der Wirtschaftskrise ein erheblicher Teil der Bevölkerung dieser mit einer gewissen Reserve an gesundheitlicher Widerstandskraft gegenüberstand. Unmittelbarer Mangel wird auch bei nicht wenigen Arbeitslosen eine gewisse Zeit hindurch durch Unterstützungen von Bekannten und Verwandten oder durch gelegentlichen kleinen Nebenerwerb ferngehalten. Aber alle diese

Behilfsmöglichkeiten pflegen allmählich nachzulassen und schließlich gänzlich zu versiegen.“

So stellt sich nach mehr oder weniger langer Zeit nur zu leicht ein Zustand ein, bei dem die aus Unterstützungen und Renten eintreffenden Geldmittel für eine zur Not noch hinlängliche Ernährung ausreichen mögen, dagegen doch die Wiederanschaffung oder Instandsetzung der durch allmähliche Bemühen unbrauchbar gewordenen Kleidungsstücke des täglichen Bedarfs nicht mehr gestatten. Das bedeutet aber nicht nur ein fortwährendes Absinken des Lebensstandards breiter Volksschichten, sondern gleichzeitig auch eine nicht zu unterschätzende Gefährdung der Volksgesundheit.“ Und weiter heißt es: „Demgegenüber treten gegenwärtig die Gefahren in den Vordergrund, die für die Volksgesundheit aus der steigenden Arbeitslosigkeit erwachsen. Aus ihr kann sich eine zunächst zwar erst langsam einsetzende, allmählich aber schwer aufzuhaltende Rückwärtsbewegung des Gesundheitszustandes ergeben, vor allem, wenn der Volkstörper die Mittel zur Unterhaltung der Arbeitslosen mit der Zeit nicht mehr in der vollen Höhe aufzubringen in der Lage sein sollte.“

Hört es, ihr Industriellen, ihr Politiker, die ihr ständig mit der fixen Idee umgeht, die Unterstützungen der Arbeitslosen müßten gesteuert werden! Hört es, ihr Ärzte: Nicht allein die Tumulte derer, die durch Mangel und Unzufriedenheit auf die Straße getrieben werden, bedrohen die Sicherheit der Bevölkerung, sondern ebensosehr die Krankheiten, die aus Entbehrung und Arbeitslosigkeit sich zwangsläufig entwickeln. Wenn der Lebensstandard der Arbeitslosen wesentlich sinkt, vermindert sich auch der Wille und die Kraft dazu, das eigene Leben nach den von der Bevölkerung bisher willig ausgenommene hygienischen Grundsätze zu gestalten. Hierdurch und durch das Knappwerden der Mittel für den hygienischen Lebensbedarf verringert sich aber auch der Gesundheitschutz gegen die uns nach wie vor bedrohenden Volkskrankheiten, die dann ihre frühere Gewalt über die verarmten wie auch die wirtschaftlich noch sichergehaltenen Teile der Bevölkerung wiedererlangen können.“

Diese eindringlichen Worte müssen ein Warnruf für alle diejenigen sein, die die gesundheitlichen Gefahren der Arbeitslosigkeit leichtfertig unterschätzen. Hier geht es nicht um ein finanzielles Problem, sondern um das gesundheitliche Allgemeinwohl!

Dr. Julius Moses.

viele Frontsoldaten. Ihnen droht Fried mit den SA. — mit den jungen Burschen, von denen der größte Teil nie eine Front gesehen hat, weil sie beim Kriegsende noch Kinder waren.

Zu der Drohung des Mannes, der den Krieg in Birmaiens verlor, gegen Frontsoldaten aus der Arbeiterschaft, die im Kriege ihr Leben eingesetzt haben, kommen die dauernden Deklamationen vom Köpferrollen, vom Aufhängen, vom Ausrotten, die ein jeder nationalsozialistische Führer nach dem Vorbilde Hitlers gebraucht.

Sollen wir noch von der Rolle der SA. am Kurfürstendamm reden?

Die Terrorbanden der Hitler-Partei wollen dem Reichspräsidenten gegenüber die Maske der anständigen Leute vornehmen. Aber die Frage des blutigen faschistischen Terrors sieht zu deutlich hinter der Maske hervor!

Hitlers Straßenbanden.

Köln, 9. November.

Am Sonntag wurden in der Mühlringstraße in Köln 30 Mitglieder der Hitlerjugend festgenommen und der politischen Abteilung vorgeführt. Wie die Polizei mitteilt, haben die Festgenommenen Passanten ohne Grund mißhandelt.

Kleppers Nachfolge.

Die Präsidentschaft der Preussenkasse.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist Präsident Klepper anlässlich seiner Ernennung zum Finanzminister aus seinem Amt als Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ausgeschieden. Der neue Präsident der Preussenkasse wird auf Vorschlag des Finanzministers vom preussischen Staatsministerium ernannt werden.

Die abgebaute Straßenbahn

Ersatz durch Umleitung und Einsetzer — Einschränkung bedeutet Verteuerung

Der Beschluß des Aufsichtsrats der Berliner Verkehrs-A.G., die Straßenbahnlinien 29, 48, 55, 66, 89, 115, 168 und 184 sowie die Autobuslinien A 4 und A 28 einzuziehen, bedeutet für viele Stadtteile ab 1. Dezember eine starke Verkehrsverschlechterung. Zudem bedeuten die nach Meinung der BVG. im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und als Folge des starken Verkehrsrückganges notwendig gewordenen Maßnahmen für viele Fahrgäste, die sich gerade aus Arbeiterkreisen rekrutieren, eine erhebliche Verkehrsverteuerung. Die eben erst eingeführte ungemein schnell populär gewordene Sammelkarte geht mit der Linien-einziehung für viele Berufstätige wieder verloren. Die bisherigen Stammkunden der abgebauten Linien sind gezwungen, zukünftig einen Umsteiger zu lösen, was eine Verteuerung von 10 Pf. pro Fahrt bedeutet. Der Aufsichtsrat hat sich bemüht, besondere Härten durch großzügige Linienumlegungen zu vermeiden. Man versichert außerdem, daß der Berufsverkehr durch Schaffung eines starken Einsetzverkehrs gegenüber den bisherigen Zuständen gefördert und nicht gedrosselt werden soll. Wir erwarten, daß dieses Versprechen nicht auf dem Papier stehen bleibt.

Der Verkehrsabbau ist nicht geeignet, die Berliner Verkehrs-A.G. populär zu machen. Der „Vorwärts“ hat die verschiedenen Einschränkungsprogramme scharf kritisiert und durch seine Kritik erreicht, daß einige wesentliche Verbesserungen gegenüber den ersten Plänen durchgeführt werden konnten. Wir halten nach wie vor den Beschluß des Aufsichtsrates für eine gefährliche Maßnahme.

eine Verkehrskatastrophe jedoch, wie viele der Privatwirtschaft dienende Blätter behaupten, bedeutet der Beschluß nicht.

Die Berliner Bevölkerung versteht über die durch die Wirtschaftsnöte bedingten Maßnahmen nicht, daß die großzügige Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs die kommunalpolitische Großtat der Sozialdemokratie ist. Dieses im Interesse des Gemeinwohls geschaffene Werk wird unter allen Umständen verteidigt werden, weil eine Auseinandersetzung der großen Gesellschaft ein Verkehrschaos bedeuten würde. Es ist kein Zufall, daß große Weltstädte jetzt daran gehen, ihr Verkehrsnetz nach dem Berliner Muster aufzubauen. Die Berliner aber sehen durchaus nicht die Zeiten wieder herbei, da man, um bis nach Tegelen mit der Straßenbahn zu gelangen, von drei verschiedenen Straßenbahngesellschaften Fahrkarten lösen mußte.

Erfolg für die eingezogenen Linien.

Wir geben nachstehend eine genaue Aufstellung, wie sich die BVG. den Erfolg für die eingezogenen Linien vorstellt:

Linie 29: Erfolg soll in Tegelen durch Verlängerung der Linie 25 vom Sportplatz bis Tegelen, Hauptstraße, und ab Neue Schönhauser Straße, Ecke Münzstraße, bis Brieg, Grabstraße durch die Linie 49 geschaffen werden. Linie 40 wird zwischen Görlitzer Bahnhof und Dranienplatz ausgegeben. Neue Führung der Linie 49: Buchholz-Brieg, Grabstraße über Pantow, Berliner Straße, Schönhauser Allee, Neue Schönhauser Straße, Alexanderplatz, Neanderstraße, Prinzenstraße, Moritzplatz, Dranienstraße,

Dresdener Straße, Kottbuser Tor, Hermannplatz, Hermann bis Grabstraße. Linie 27 wird von Brieg, Grabstraße, bis Buckow verlängert.

Linie 48: Für diese Linie wird die Linie 47 bis Nordend verlängert.

Linien 55 und 66: Für die 55 soll die Linie 64 zukünftig ab Spandau in Abständen von zehn Minuten mit der Führung ab Wittenbergplatz bis Hallesches Tor gefahren werden. Von dort wie bisher die Linie 66 bis Hohenschönhausen, Falkenberger Straße.

Linie 89 wird im Westen durch die Linie 62 ersetzt mit der Führung ab Pariser Straße über Kaiserallee, Joachimsthaler Straße, Kantstraße, Suarezstraße, Schloßstraße, Spandauer Straße bis Königin-Luise-Straße.

Linie 115: Erfolg im Süden von Bergstraße, Ecke Anekebedstraße bis Krankenhaus Buckow durch Linie 15. Im Norden wird die Linie von Wilhelmshagen zurückgezogen und der Endpunkt nach Teichstraße verlegt. Linie 21 übernimmt ab Hermannplatz über Berliner Straße, Bergstraße, Anekebedstraße, Mariendorfer Weg, Gottlieb-Dunkel-Straße bis Neukölln, Gemeindefriedhof, die Führung der Linie 115. In Moabit wird die Linie 21 von der Königsdombrücke bis Wilhelmshavener Straße zurückgezogen.

Die Linien 168 und 184 sollen durch die Linien 68 und 84 ersetzt werden. In den Hauptverkehrszeiten sollen auch hier Einsetzer in stärkerem Maße gefahren werden.

Verkehrsabbau in allen deutschen Großstädten.

Der durch das dauernde Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit bedingte katastrophale Verkehrsrückgang zeigt sich nicht nur in Berlin. Die Verkehrsunternehmen aller deutschen Großstädte haben schwer unter dieser Erscheinung zu leiden. Überall mußten Einschränkungsmaßnahmen getroffen werden, um die städtischen Verkehrsunternehmen in ihrer Wirtschaftlichkeit zu erhalten. Es ist ein schwacher Trost für den Berliner, wenn er erfährt, daß der Abbau des Verkehrs in den anderen Städten bereits in weit stärkerem Ausmaß vorgenommen worden ist. Fast alle Städte bleiben mit ihren Maßnahmen weit hinter dem prozentualen Verkehrsrückgang zurück. Nur Leipzig und Nürnberg haben ihren Verkehr etwas stärker eingeschränkt, als der Verkehrsrückgang tatsächlich ist. Berlin markierte mit seinen Maßnahmen bisher hinter Breslau, Köln, Chemnitz, Düsseldorf, Dresden, Dortmund, Magdeburg, Bremen an erster Stelle. Nach den Berechnungen der BVG. wird durch die Durchführung der Einschränkungsmaßnahmen Berlin nunmehr an die siebente Stelle vorrücken.

Der Aufsichtsrat erteilte gestern seinem Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Elias, noch besondere Vollmachten für die Verhandlungen über die Umwandlung des kurzfristigen Danabankkredits von 124 Millionen in ein langfristiges Darlehen.

Neuer Massenprozeß Anfang Dezember.

Am Hellsdorf-Prozeß hat jetzt auch Rechtsanwalt Dr. Saß für die Verteidigung Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts Charlottenburg eingelegt. Beide Kurfürstendamm-Prozesse, also die Sache Schuster und Genossen und der Fall Brandt, Hellsdorf und Genossen, in denen die Berufung der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung schweben, werden voraussichtlich Anfang Dezember in gemeinsamer Verhandlung die Be-

ruhungsstrafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dineforge beschäftigen. Es wird also zu einem neuen Massenprozeß kommen, in dem die ganzen Vorgänge am Kurfürstendamm noch einmal aufgerollt werden müssen.

Soda statt Gold.

Russische Gauner betrügen Kaufleute um 15000 Mark.

Einen schweren Reinfall erlitten ein Charlottenburger Kaufmann und sein Geschäftsfreund aus Görlitz; beide gingen ein paar ganz gerissenen russischen Gaunern auf den Leim und wurden um bare 15000 Mark betrogen.

Ein Kaufmann aus der Krumme Straße in Charlottenburg lernte in einem Lokal zwei Russen kennen, die ihm anvertrauten, daß sie im Besitz größerer Mengen Goldes seien. Unter vielen Schwierigkeiten hätten sie es fertig gebracht, goldene Zehn- und Zwanzigmarkstücke und goldene Rubelstücke aus Rußland nach Deutschland einzuschmuggeln. Ihr Goldschatz hätte mindestens einen Wert von 40000 bis 45000 Mark. Da sie nach Kanada reisen wollten und schleunigst Bargeld brauchten, wären sie bereit, ihren Schatz für etwa 20000 Mark zu verkaufen. Der Kaufmann, der selbst nicht genügend Bargeld zur Hand hatte, benachrichtigte seinen Freund in Görlitz, der mit 15000 Mark nach Berlin kam. 15000 Mark wollte der andere zugeben und für 15000 Mark sollte nun das Goldgeld erworben werden. Bei einer erneuten Verabredung brachten die beiden Russen Proben mit. Die Kaufleute liehen die Goldstücke prüfen, die für echt befunden wurden. In der Wohnung des Berliner sollte der Kauf vor sich gehen. Die Russen brachten aber nur zwei Pakete in einem kleinen verschließbaren Korbchen, die restlichen zwei wollten sie für sich behalten, weil die Berliner ja nur 15000 Mark zahlen wollten. Nach längerem Feilschen versprachen schließlich die beiden letzten Pakete zu holen. Die vier Pakete, in denen, wie sich die Kaufleute überzeugt hatten, tatsächlich Gold war, wurden in den Koffer eingeschlossen und die 15000 Mark in Papier eingewickelt dazu getan. Der Koffer sollte solange in der Wohnung bleiben, bis die Russen mit den beiden anderen Goldpaketen zurückgekommen wären. Vergeblich warteten nun der Berliner und der Görlitzer Kaufmann, die Russen kamen nicht. Als ihnen die Sache schließlich unheimlich wurde, öffneten sie die Pakete und fanden in einem Paket statt des Goldes — Soda und in den drei anderen Paketen Nügel. Das Päckchen, in dem ihr Geld eingewickelt war, enthielt nur Papier Schnitzel. Die Kriminalpolizei sucht jetzt die fingerfertigen Kerper.

Erfolgreiche Hehler und Dieber.

Seit einigen Tagen wurde in verschiedenen Lokalen in der Gormannstraße ein lebhafter Handel mit Schirmen, Seide, Stoffen usw. beobachtet. Die auffallend niedrigen Preise verrieten, daß hier Hehler um jeden Preis ihre „heiße“ Waare absetzen wollten. Kriminalbeamte beobachteten die Gegend und ermittelten als die Händler die beiden Russen Weinstein und Weidner. Als ihre Behauptungen in der Wallner-Theater-Straße durchsucht wurden, fand man darin ein Warenlager, das einen Wert von mindestens 12000 Mark darstellte. Wahlos hatten sie von Güterbesitzerkolonnen alles zusammengekauft und betrieben nun mit dem Diebesgut einen schwunghaften Handel.

In die Silberwarenfabrik von Dippke in der Friedriehstraße 39/40 in Weihensee drangen Einbrecher ein und stahlen für etwa 10000 Mark Waren. — In ein Konfektionsgeschäft in der Alexanderstraße 68/69 drang eine andere Kolonne ein und erbeutete für etwa 8000 Mark Seide, Samt u. a. m. Die Beute wurde in einem Auto fortgeschleppt. — Wohnungseinbrecher konnten in der Wansfelder Straße 30 für etwa 7000 Mark Silber, Pelze u. a. m. ungehindert fort-schleppen.



Familie Soriot
Roman von Eise Möbus

„Und in Professor Ballon bist du auch nicht ein bißchen verlobt?“ Mit lachenden Augen zwinkerte Mennie Irma zu. Ueber Germaines Gesicht schoß plötzlich eine Blutwelle. Aber dann sah sie ruhig vor sich hin. „Professor Ballon ragt natürlich geistig weit über die jungen Studenten hinaus, wie das nicht anders sein kann. Er gibt mir oft wertvolle Winke für das Studium, und ich bin ihm dankbar, wenn er sich mit mir unterhält. Er ist in diesem einen Jahr für mich eine Art Gradmesser geworden, an dem ich mich selbst und meine Umgebung messe.“

„Du wirst ja schon wieder rot.“ Irma lachte aus vollem Halse.

„Aber Germaine, das schadet doch nichts, du tust ja gerade, als sei das ein Verbrechen, sich zu verlieben!“ fiel Mennie begütigend ein.

Aber Germaine schob heftig ihren Teller zurück. „Es ist eine Gemeinheit von euch, das zu sagen. Professor Ballon ist längst verheiratet, er hat Kinder.“

„O Gott, was nehmt ihr Deutschen das Leben ernst — dagegen sind wir schwerfälligen Holländer ja noch leicht und grazios. Du hast unsere harmlose Neckerei wohl schon als Anklage wegen Ehebruch aufgefaßt!“ Irma schüttelte mit komischem Entsetzen den Kopf.

Nun lachte auch Germaine. „Ihr habt ganz recht“, sagte sie, „für uns wird das Einfache zum Problem. Und Liebe und Ehe sind für mich schon von Jugend an Probleme gewesen“, setzte sie mit einem fremden und abwesenden Gesichtsausdruck hinzu.

Aber dann stand sie, bevor die beiden anderen noch etwas erwidern konnten, entschlossen auf. „Kinder, draußen scheint die herrlichste Sonne, und ihr seid mir noch einen Bummel durch die Straßen und den Park schuldig. Wir wollen gehen!“

14.

Seit Wochen hatte es nicht geregnet. In den staub-erfüllten, schmutzigen Straßen fuhren die Sprengwagen, und die Bürgersteige vor den Häusern der Genjer Altstadt ver-

wandelten sich immer mehr in offene Werkstätten. Schuhmacher und Schneider, Korbflechter und Bürstenmacher, Näherinnen und Flickerinnen — die ganze hohlohwangige, bleiche Schar der Heimarbeiter hatte die glühende, unerträgliche Hitze in den engen Wohnungen auf die Straße geschleudert.

Da saßen sie nun, Stuhl an Stuhl, eng an die Hauswände gepreßt, und die barfüßigen Kinder fanden es unterhaltend und vergnüglich, mit großen und kleinen Siebplanen, mit Karaffen und Töpfen Wasser zu holen und es zur Vinderung der heißen, staubigen Luft auf den glühenden Stein zu gießen, der es sofort begierig aufzog.

Auch über dem Genjer See, der wie eine milchige, verschwimmende Fläche unbeweglich und dumpf dalag, lastete diese Schwüle, von Spannungen erfüllte Atmosphäre.

„So muß die Stimmung sein, bevor eine Revolution ausbricht“, sagte Germaine halblaut zu ihrem Bordermann. Sie hatte mit einigen Teilnehmern des französischen Seminars einen Ausflug nach Coppet, zum Wohnsitz der Frau von Staël, unternommen, und nun schlenderte man in zwanglosen Gruppen vor dem Schloß herum und wartete, bis die gerade stattfindende Führung beendet war.

Der Angesprochene wandte sich um. Es war ein junger Russe, der einer nihilistischen Studentengruppe angehörte und auf den Tag brante, an dem er sein Studium hier beendet hatte, um in seine Heimat zurückzukehren. Germaine hatte ihn oft scherzhaft mit „Genosse“ angeredet, und in den Diskussionen waren sie manchmal hart aneinander geraten, wenn der heißblütige, ganz im Banne seiner Idee stehende Russe nicht das Geistesleben, sondern die Politik als die große, schaffende Kraft des Staats- und des Einzellebens erklärte. Auch jetzt sah er sie erwartungsvoll an, gespannt auf irgendeinen Angriff. Aber Germaine trat ein paar Schritte abseits, so daß sie von den übrigen etwas entfernt standen.

„Ich hatte gestern Abend ein seltsames Erlebnis“, sagte sie. „Sie wissen, ich habe einen miserablen Ortsinn, und ich finde mich in dem Gassen- und Straßengewirr auch heute noch nicht zurecht. Gestern ging ich nach der Vorlesung noch etwas spazieren, ich muß wohl in Gedanken gewesen sein, denn plötzlich fand ich mich in einer mir ganz unbekanntem Gegend. Gerade kam ein Arbeiter von einem Neubau die Straße herüber, und ich fragte ihn nach dem Weg. Er hatte die gleiche Richtung, und so gingen wir einige Straßen nebeneinander. Es war ein junger Italiener, er hatte Frau und Kind daheim gelassen und arbeitete hier den Sommer über. Es war ein sehr höflicher und unaufdringlicher Mensch, und so erzählte ich ihm auch von meiner Heimat, von unserer Kleinstadt und von meinem Studium hier.“

Das alles spielte sich in wenigen Minuten ab. Als ich aber dann in die Elektrische stieg, da sagte er: „Was Ihre Benjion und Ihr Studium täglich kostet, dazu noch Ihr Taschengeld, das Ihnen die Eltern sicherlich schicken — sehen Sie, dafür muß ich mit Frau und Kind daheim eine Woche, ach, oft genug noch viel länger leben.“ Er sagte das ohne jede Gefäßigkeit, ohne Reiz, so wie man eben eine Tatsache, die sich nicht hinwegleugnen läßt, konstatiert. Er stand mit abgezogener Mütze, als ich ihm die Hand gab, und lächelte freundlich beim Abschied. Aber eben deswegen muß ich heute den ganzen Tag daran denken.“

Der Russe zuckte die Achseln. „Sie tun ja, als ob Sie gestern zum erstenmal in Ihren 21 Jahren gemerkt hätten, daß es sowas wie Klassenunterschiede gibt, daß sich die nach dem Ebenbilde Gottes geschaffene Menschheit sehr deutlich in Reich und Arm unterscheiden läßt?“ Etwas verwundert sah er in ihr nachdenkliches Gesicht.

„An der Theorie habe ich das natürlich gewußt, aber ich weiß nicht, in der Praxis habe ich diesen Gegenatz noch niemals so scharf gesehen wie gestern. Dieser Mensch hat plötzlich einen Vorhang vor meinen Augen weggezogen, und nun ist mir, als ertönen überall Hilferufe, Klagen, Schreie des Entsetzens, die ich nie gehört habe. Gewiß, ich habe zu Hause in unserer Umgebung auch Armut und Elend gesehen, aber das war nicht so schlimm, da konnte man hingehen und etwas helfen und trösten, dann lachten sie alle und freuten sich. Aber ich glaube, es gibt noch ein anderes Elend in der Welt, ein Elend in riesigem, unerhörtem Ausmaß, an dem die Hilfe des einzelnen abprallen muß, so hart, so grauenhaft, so riesengroß ist es.“

Leidenschaftlich und entflammte erfaßte der Student ihre beiden Hände: „Sie gehören zu uns, Germaine, Sie haben das tiefste Wesen des Klassenkampfes erfaßt und ausgesprochen. Nicht Einzelhilfe mehr, Gnadengeschenke, Almosen — wir wollen die Organisation der Masse, die Befreiung der Unterdrückten durch sich selbst, durch eigene Kraft! Wir wollen nicht mehr Einzelne sein, sondern Gemeinschaft! Kommen Sie zu uns, kämpfen Sie mit uns!“

Aber Germaine schüttelte den Kopf. „Was Ihnen längst in Fleisch und Blut übergegangen ist, das ist für mich fremd. Ich habe noch nichts gesehen von der Wirklichkeit, von der unmittelbaren Gegenwart, obwohl ich mir bis heute eingebildet habe, auch die dunklen Tiefen und Abgründe zu kennen, die das Leben manchmal vor uns aufreißt. Ich stehe erst am Anfang —“

(Fortsetzung folgt.)

Matuschka ohne Reue.

Ein Brief des Verbrechens an seine Frau.

Wien, 9. November.

Ein heutiges Morgenblatt veröffentlicht einen Brief, den der Eisenbahnarbeiter Matuschka aus der Gefängniszelle an seine Frau gerichtet hat.

Matuschka zeigt in dem Brief keinerlei Reue über seine Taten, denen 24 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Er schreibt, daß er eine große Hauptverhandlung über die Attentate in den drei Ländern wünsche. Nur so könne die ganze Welt auf seine Rede hören. Nur so könne er für die Attentate Genugtuung geben. Matuschka teilte in dem Briefe weiter mit, daß er mit der Abfassung eines Films beschäftigt sei, der den Titel führen soll: Der Kaiser als Bauer! Er bittet seine Frau um Zulassung einer elektrischen Tischlampe und eines Glasprismas, zwei Gegenstände, von denen er sich, wie er angibt, in der Hauptverhandlung die größte Sensation verspricht. Er habe den ganzen Tag für Frau und Tochter. Er lese wöchentlich das Kirchenblatt, das ihm zugesandt werde. Der Brief schließt mit dem Ausdruck größter Zärtlichkeiten für seine Angehörigen.

Das Reichsbanner mordet nicht.

Aber der „Angriff“ sagt die Unwahrheit.

Die Pressestelle des Reichsbanners Berlin teilt mit:

„Die Gewissenlosigkeit, mit der die Nationalsozialisten verfahren, spricht aus folgendem Beispiel: Der „Angriff“ veröffentlichte in Nr. 202 vom 7. November eine „Totenliste Berliner Nationalsozialisten“, in der an dritter Stelle aufgeführt wird: „Karl Renz, 21. Februar 1926 vom Reichsbanner in Alt-Landsberg ermordet.“ Wir stellen dieser Behauptung gegenüber den Tatbestand fest:

Am 21. Februar 1926 fand in einem Lokal in Alt-Landsberg ein Vergnügen eines Gesangsvereins statt. Während der Veranstaltung wurde auf das Lokal ein Schuß abgegeben und darauf die Fenster Scheiben eingeworfen. In begrifflicher Erregung begaben sich die Teilnehmer des Vergnügens auf die Straße und gerieten dort mit einem Trupp Nationalsozialisten in eine Schlägerei, bei der der Nationalsozialist Renz tödlich verletzt wurde.

In dem folgenden Gerichtsverfahren ist auch nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht worden, daß Renz von Reichsbannerleuten verletzt worden ist, wohl aber sind eine Anzahl Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruches verurteilt worden.

Angesichts dieses einwandfreien Tatbestandes stellen wir fest, daß die gemeine Beschuldigung gegen das Reichsbanner vom „Angriff“ zu Propagandazwecken erfunden worden ist und überlassen das Urteil über ein derartiges Verfahren der Öffentlichkeit.“

Krieg und Frieden.

Ein Vortrag des Bischofs Schreiber.

Auf der achten Reichstagung des Friedensbundes Deutscher Katholiken sprach am Sonntag im Herrenhaus der Bischof von Berlin Dr. Christian Schreiber über das Thema „Krieg und Frieden“.

Nachdem der Redner versucht hatte, die Voraussetzungen für einen „gerechten, erlaubten“ Krieg darzulegen, kam er auf das viele moralische und materielle Leid, das der „gerechte“ Krieg im Gefolge hat, zu sprechen und leitete hieraus die Notwendigkeit aller Friedensbestrebungen ab. Sie zu unterflügen, kennzeichnete er als Pflicht aller sittlichen Menschen. Ueber die Kriegsschuldfrage sagte er: „Wäre es nicht endlich an der Zeit, unter die Vergangenenheit, in der wohl auch jeder unserer Vorfahren ein Schuldkonto hat, den großen Strich des Vergessens und Vergebens zu setzen? Ist es angeht die Not in Europa und der ganzen Welt nicht vorübergehend, an der Wiederherstellung des wahren Friedens auch unter Opfern zu arbeiten, besonders aber an einer Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und, wie ich bewußt hinzufüge, auch zwischen Deutschland und Polen? Ferner sind wichtig der Ausbau des Völkerbundes und die gleichzeitige allgemeine Abrüstung. Die stärkste Sicherheit des Staates liegt nicht in Festungen und Kriegsschiffen, sondern im Friedensgeist der Menschen und Völker untereinander. Diesen Geist zu hegen, ist die Aufgabe. Zum Schluß seiner Ansprache lehnte Dr. Schreiber einen „negativen Pazifismus“ ab.

Am Sonntagabend veranstaltete der Kongress des Friedensbundes Deutscher Katholiken eine öffentliche Kundgebung, die gleichfalls im Herrenhaus stattfand.

Es sprach der Dominikaner-Pater Franziskus Stramann vom Reichsparteiausschuß des Zentrums über „Katholizismus und Militarismus“. Er sagte: „Das militäristische System ist eine Hebersteigerung des militäristischen Gedankens. Aus dem Dienst am Volke wird ein Herrschen über das Volk. Der militäristische Zustand besteht in dem Uebermaß der militäristischen Einrichtungen, die sich zu einem Alpdruck für die ganze Welt entwickelt haben. Die allgemeine Wehrpflicht stand im Dienst einer Politik, die keineswegs das Wohl des ganzen Volkes auch nur bezweckte. Schließlich ward der Militarismus Werkzeug hauptsächlich wirtschaftlicher Interessen.“ Scharf geißelte der Redner den internationalen Kapitalismus, der sich der Abrüstung noch mehr widersetze als das Militär selbst. Der Katholizismus müsse zu all diesem in schärfstem Gegensatz stehen. Deutschland könne unsterblichen Ruhm vor der Geschichte erwerben, wenn es aus der erzwungenen Abrüstung eine freiwillige macht und die unvergleichliche Aussicht, den Rüstungswahn zu zerstören, nicht durch eigene Aufrüstung unwiederbringlich vernichtet.

Generalsekretär Leng nannte in seinem Vortrag Neues Heidentum den modernen Krieg sinnlos, unmenschlich, fast immer ungerecht in seinem Ursprung und abscheulich in seinen Mitteln. — Bei der Besprechung der politischen Lage sagte der Redner, daß man bei aller Ehrfurcht vor der Staatsautorität scharf beobachten werde, wie sich die Verbindung zwischen Wehr- und Innenministerium zum Wohle des Volkes und zur Wahrung staatlicher Hoheit auswirken werde.

Ungetreue Beamte. Vier Beamte der Sparkasse des Landkreises Luben wurden wegen Untreue und passiver Bestechung zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahr sechs Monaten verurteilt.

Todesurteil für Kindesmörderin.

Prozeß nach elf Jahren. — Vierjährigen Neffen mit Kleesalz vergiftet.

Die Tat der 55jährigen Berta Klann — die Anklage spricht von Mord — liegt elf Jahre zurück. In Westpreußen ging deutsches Gebiet an Polen über, die Bewohner verließen die heimliche Scholle, sie stüchteten in Nacht und Nebel. Auch die Gebrüder Friedrich und Rudolf Klann kamen im Februar 1920 nach stundenlangen Märchen durch Kälte und Schnee mit Frauen und Kindern aus Graudenz in das Flüchtlingslager bei Hammerstein. Die Familien hausten gemeinsam in einem kleinen Raum. Der kleine Willi des Rudolf Klann starb unmittelbar nach der Ankunft in Hammerstein, die Frau Friedrich Klanns war krank, erlitt eine Fehlgeburt, der vierjährige Sohn Fritz, ein schwächliches rachitisches Kind hatte schwere Durchfälle. Er beschmutzte sich, bekam vom Vater unheimliche Prügel und war allen zur Last. Der Vater meinte eines Abends, wenn das Was doch freipieren wollte, der Delbit sollte ihn holen. Als der Kleine sich nachts wieder beschmutzte, brachte ihn der Onkel Rudolf in den kalten Vorräum und legte ihn hier in eine Kiste. Am nächsten Morgen badete ihn Tante Berta im kalten Wasser, etwas später gab sie ihm Kaffee mit einer Messerspitze Kleesalz, in wenigen Minuten war der Kleine tot.

Jahre vergingen. Der Tod des Kindes schien vergessen. Nur die jüngeren Mitglieder der Familie, die heranwachsenden Söhne der Brüder Klanns sprachen miteinander darüber und eines Tages kam die Tat zur Kenntnis der Polizei. Die 55jährige Berta Klann wurde verhaftet. So, sagte sie, ich habe dem Kind Kleesalz gegeben, weil ich es nicht mehr mit ansehen konnte, wie es litt. Und dann bezichtigte sie ihre Schwägerin der Anstiftung. Diese bestritt voll Entrüstung, von dem Ganzen etwas gewußt zu haben. Später sagte Berta Klann, sie habe das Kind nicht töten wollen, sondern nur noch kränker machen, damit die Eltern, die den kleinen Fritz schlecht behandelten, ihn ins Krankenhaus brächten. Vor dem Landgericht III blieb sie geltend bei dieser letzten Behauptung; die Bezichtigung ihrer Schwägerin nahm sie zurück. Entlastet wurde sie gewissermaßen durch die Aussage des jetzt 23jährigen Wagn Klann, des Bruders des verstorbenen Fritz. Er war damals 12 Jahre alt, weiß aber heute noch, wie er den Fritz nach seiner Rückkehr aus der Schule wimmernd und halberfahren in der Kiste liegen sah, wie er den Kleinen ins Zimmer nahm und die Tante ihm den Kaffee gab, an dem er später verstarb. Als er räthelte, rief Tante Berta: schnell Milch. Hatte sie also den Kleinen doch nicht töten wollen? Daß der Vater die Kinder, auch den kleinen Fritz, schwer mißhandelte, ist richtig. Er, der Wagn, ist wegen der

Mißhandlungen früh aus dem Elternhause gegangen. Am Tage vor dem Tode des kleinen Fritz hat der 12jährige Wagn auf Befehl der Tante Weidenruten besorgen müssen, mit denen das vierjährige Brüdlein verprügelt wurde. Die Mutter hat nach dem Tode des kleinen Jungen bitterlich geweint.

Die Aussagen der Eltern des kleinen Fritz hinterließen einen zwiespältigen Eindruck. Man konnte sich nicht des Gefühls erwehren, daß sie um die eigenartigen Umstände, unter denen ihr Junge gestorben ist, wohl gewußt haben mußten. Als der zwölfjährige Wagn den Vater zurief: Fritz ist tot, da erhielt er zur Antwort: „Gott sei Dank, daß er nun erlöst ist“; und die Mutter, die bereits seit zwei Tagen von ihrer Krankheit aufgestanden war, hat nichts davon gemerkt, daß der Kleine im kalten Raum in der Kiste lag. Die Beziehungen der Eheleute Rudolf und Berta Klann werden aber schlaglichtartig durch einen kleinen Zwischenfall erhellt. Als Rudolf Klann umzog, fand er unter dem Kissen seiner Frau die Tüte Kleesalz. „Aha“ jagte er, „das wollte sie mir eingeben, jetzt werde ich ihr eingeben.“ Der Bruder Fritz entriß ihm die Tüte; Rudolf erzählte ihm aber bei dieser Gelegenheit, daß er die Frau bereits zweimal im Verdacht gehabt habe, sie hätte ihn vergiften wollen.

Der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Frommer, fand keine Veranlassung, der Angeklagten die Ueberlegungsfähigkeit abzusprechen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mordes Todesstrafe. Rechtsanwalt Dr. Müller-Strohmeyer plädierte für jahrelängige Lösung. Die Angeklagte habe ihren Neffen nicht töten wollen; hätte sie sonst gerufen: Schnell Milch? Das Gericht verurteilte die 55jährige Berta Klann wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Das Gericht, das seinem Urteil die ursprüngliche Aussage der Angeklagten zugrunde legte, glaubte nicht anders als auf Mord erkennen zu können. Bei einer Tat, die elf Jahre zurückliegt, und begangen wurde unter den besonderen äußeren Umständen und besonderen seelischen Verhältnissen, unmittelbar nach der Flucht aus Graudenz, erscheint dieses Urteil in keiner Weise gerechtfertigt. Die Gnadeninstanz wird hier eine Korrektur schaffen müssen. Eine befristete Begnadigung zu etwa 10 Jahren Zuchthaus wäre bestimmt am Platze. Bei guter Führung würde dann diese jetzt 55jährige auch zu einem noch früheren Zeitpunkt das Zuchthaus verlassen dürfen.

Gegenrevolution brüstet sich.

Schlägerei im Potsdamer Stadiparlament.

In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung kam es Freitag zum erstenmal zum Tumult und zu einer Schlägerei. Der deutschnationale Heber Dr. Averdunk geißelte den ganzen Abend in Fervoren gegen die Sozialdemokraten, nachdem er nicht lange vorher Hitler herbeigeleitet hatte.

Das verlegte die Sozialdemokraten begrifflicher Weise in Erregung, der sie sich vor der Tribüne Luft machten, indem sie verlangten, Averdunk sollte seine provozierenden Worte zurücknehmen. Das weigerte den Deutschnationalen nicht, die beiden Stadtverordneten Oppeln von Bronikowski und Klutus, die sich deutschnationale „Arbeiter“ nennen, stürzten sich auf den sozialdemokratischen Stadtrat Schuchmilski, der sich gar nicht an Zwischenrufen beteiligen wollte, indem sie ihren Faustentätigkeit schafften. Herr Averdunk hatte sich unterdessen verdrückt und versteckte hinter der Front in den Bänken der Stadtverordneten weiter. Diese Stunde war kein Ruhmesblatt für die „Gesellschaft von Potsdam“. Den Hauptpunkt bildete die Aussprache über die Rede des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung. Bekanntlich hat sich Potsdam, die bürger- und steuerfreie Stadt, große Lorbeerkränze ums Haupt gemunden, und es galt zu sagen, auf welche Weise Potsdam in die Lage gekommen war, solche Vergünstigungen sich zu erlauben. Der Oberbürgermeister trat selbst auf den Plan, um dem Berliner Stadtkammerer Wsch zu erwidern; für die Sozialdemokraten sprach der Stadtverordnete Dr. Müller. Der gestrige Tag war aber auch der Tag der Erwerbslosen. Die Sozialdemokratie hatte einen Erfolg. Sie konnte eine Debatte erreichen über die Maßnahmen zur Vinderung der Not. Die Antwort des Magistrats zeigt, daß manches getan werden wird. Die Sozialdemokraten sagten, was dazu noch getan werden muß. Der Apparat ist angeordnet und — Potsdam hat Geld. Teht muß es sich zeigen, ob man in dem Potsdam der Lorbeerkränze und der Selbstbeweihräucherung auch noch etwas übrig hat für die Armeleute in der Stadt.

Jugendliche Banditen im Radiogeschäft.

Zwei junge Burken drangen gestern Abend kurz vor Ladenschluß in das Radiogeschäft von Paul Röll in Pantow, Stubnitzstraße 27, ein. Einer der Täter war mit einer Pistole, sein Komplize mit einem starken Knüttel bewaffnet. Unter der Aufforderung, die Hände hochzuheben, verlangten die jugendlichen Banditen die Herausgabe der Kasse. Der Inhaber des Geschäfts tat so, als ob er der Aufforderung nachkommen wolle, griff in die Schublade, zog aber statt des Geldes einen Revolver hervor. Jetzt bekamen es die beiden mit der Angst zu tun, liefen davon und entkamen. Die Räuber waren etwa 20 bis 24 Jahre alt und machten einen heruntergekommenen Eindruck.

3 000 000 Berliner fahren Dampfer.

Nach den vorläufigen Zusammenstellungen der beiden größten Dampferverkehrsunternehmen, der Stern- und Kreisfahrtsahrt und der Reederei Robiling, wurden im Laufe der diesjährigen Sommersaison auf den Gewässern der Spree und Havel insgesamt etwa drei Millionen Personen mit den Dampfern der beiden Gesellschaften befördert. Die Stern-Dampfer beförderten in Richtung nach Potsdam, Berder und Perch etwa 1,6 Millionen, auf dem Tegeler und Heiligen See 270 000 und auf der Oberspree und der Dahme etwa 122 000

Personen. Von den rund 1,5 Millionen Fahrgästen der Robiling-Dampfer entfielen dagegen 350 000 auf Oberspree und Dahme und 150 000 auf die Havelgewässer.

Erschlagene Arbeiter im Steinbruch.

Fünfzehn verschüttet, sechs als Leichen geborgen.

Dirmasens, 9. November.

Ein fürchterliches Unglück ereignete sich am Montag nachmittags in einem nahe bei Hayenslein gelegenen Steinbruch. Dort wurden Felsprengungen vorgenommen. Einem der Sprengschäfte ging zwar los, brachte aber den Fels nicht sofort zum Fallen. Als sich vier Arbeiter der Sprengstelle näherten, löste sich plötzlich der Fels und begrub die vier Leute unter sich. Die Bergungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Berunglückten lebend geborgen werden können.

Nach weiteren Meldungen scheint das Unglück größeren Umfang zu haben als die erste Nachricht erkennen ließ. Es sollen 15 Personen verschüttet, davon bereits 6 als Leichen geborgen worden sein.

18 Kommunisten festgenommen.

Am 5. November, abends gegen 10 Uhr, war eine in Heiligen angelegte, aus zwei uniformierten Beamten bestehende Postkette in der Reichsallee von Kommunisten beschossen worden. Im Laufe der Ermittlungen ergab sich, daß eine Anzahl von Kommunisten in Hennigsdorf und Nieder-Neuendorf anlässlich einer Versammlung der RSDAP in Heiligenlee zusammengezogen waren und einen Mordanschlag beabsichtigten. Am Sonntag fanden darauf in Hennigsdorf und Nieder-Neuendorf Hausdurchsuchungen statt, in deren Verlauf 18 Personen in Haft genommen worden sind. Sämtliche festgenommenen Personen werden dem Vernehmungsrichter wegen Mordversuchs und Landfriedensbruchs vorgeführt werden.

Die Deutsche Lusthansa hatte zum Festen der Winterhüte im Strium in der Kaiserallee eine große Filmmatinee veranstaltet. Gleich zu Anfang wurde dem zahlreich Erschienenen eine Enttäuschung bereitet. Der berühmte Spieler Ernst Udet, den zu hören viele gekommen waren, verzichtete auf eine Anregung der Leitung der Veranstaltung in, wie uns schien, allzu großer Bescheidenheit auf seine Ausführungen, während sein Kollege Wolfgang von Gronau wenigstens ein paar Minuten plauderte. So schön und so großartig dann die Bruchstücke der verschiedenen Filme waren, Udet in den Tonfilmen „Die weiße Hölle von Piz Palu“ und „Stürme über dem Mont Blanc“, und Gronau in seinem Gednlandfilm, diesmal kam es dem Publikum doch bestimmt auf die beiden lähnen Männer selber an, und da hätte man lieber den italienischen Bolbofilm ganz streichen sollen, ehe man einer Persönlichkeit vom Rang Ernst Udet zumute, seine Ausführungen so zu kürzen, daß sich das Ansehen gar nicht lohnte und der Filieger überhaupt nicht sprach. Hoffentlich bekommt das Berliner Publikum Ernst Udet bald einmal selber zu hören.

Wetterausichten für Berlin: Meist bewölkt, später auftommende Regenwolke, weiterhin mild, aufsteigende, nach Südwest drehende Winde. — Für Deutschland: Im Osten noch trocken und heiter, im mittleren Teil des Reiches zunehmende Bewölkung, später auch etwas Regenwolke, im Westen wolkig bis bedeckt, allgemein mild.

Richtige Mundpflege: **Odol** - Zahnpasta 90,8 und 50,8 - Mundwasser M. 2,5 M. 1,35 & 50,8 - Zahnbürsten M. 1,- und 60,8

Was wird mit der Kleinfiedlung?

Auch da wird sehr mit Wasser gekocht.

Im Reichslagsauschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen nannte gestern der neuernannte Stadtsiedlungskommissar Dr. Saaken die geringe Zahl von 20 000 Erwerbslosen, die durch vorstädtliche Kleinfiedlung gestützt werden sollen. Fürsorge für 200 000 Erwerbslose, das war die Fisser, die der auf „seinen Gedanken“ stolze Reichsfinanzminister Dietrich bei der Geburt der Idee nannte.

Als die ersten Nachrichten über die Ansiedlung von Erwerbslosen in vorstädtlichen Kleinfiedlungen veröffentlicht wurden, entstand bei vielen Arbeitslosen die Hoffnung, hierdurch eine Existenzmöglichkeit oder mindestens eine Existenz erleichterung zu finden. Wir haben gleich vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt und darauf hingewiesen, daß unter den herrschenden Verhältnissen nur eine geringe Anzahl von Arbeitslosen eine Heimstätte erhalten könnten und daß diese Stadtrandfiedler auch stets auf Unterstützung angewiesen bleiben, solange sie keinen anderweitigen Erwerb finden. Denn zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs oder gar zum Verkauf von Gartenerzeugnissen reicht eine 1-Morgen-Siedlung nicht aus. Auch eine Vergrößerung der Siedlungen auf 2 oder 3 Morgen hilft nichts, da die Marktpreise für alle die Gartenerzeugnisse, die ein solcher Siedler liefern kann, berartig billig sind, daß er nie sein Leben von ihrem Verkauf fristen kann. Dazu kommt, daß je mehr es solche Kleinfiedler gibt, die ihre Erzeugnisse verkaufen wollen, desto stärker die Preise fallen. Schon jetzt leiden die gewöhnlichen Erwerbslosen, wieviel mehr dann die ungehaltenen Siedler. Wo erste Voraussetzung wäre, kein Fortfall und keine Minderung der Unterstützungssätze für die Siedler, die erwerbslos sind.

Ueber die Absichten des Regierungskommissars hört man:

Der Boden soll von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, denen auch die praktische Durchführung überlassen werden soll. Als Reichsbeiträge sollen für den Hausbau 2500 Mark und für die Kleingärten je 100 Mark gegeben werden. Im ganzen stehen 50 Millionen Mark zur Verfügung; vorläufig sollen monatlich 8 Millionen Mark aufgewandt werden, wovon mindestens 10 Prozent, also 800 000 Mark, für die Schaffung von Kleingärten Verwendung finden. Hierdurch könnten also im Monat 8000 Kleingärten und 2880 Stadtrandfiedlungen errichtet werden.

Dies ist nicht viel bei 5 Millionen Arbeitslosen. Würden 30 Prozent der vorhandenen Mittel für die Errichtung von Kleingärten verwendet, so können 24 000 Kleingärten und 2240 Stadtrandfiedlungen geschaffen werden. Im ersten Fall also erhalten

10 880 Erwerbslose eine Beschäftigung und die Möglichkeit, einen Teil ihres Nahrungsmittelbedarfs im eigenen Garten zu decken, im zweiten Fall dagegen sind es 26 240 Erwerbslose, also zweieinhalbmal soviel.

Merkwürdig wieder die Idee, die Errichtung der Siedlungsbauten durch freiwilligen Arbeitsdienst vorzunehmen!

Wir können nicht entscheiden genug davor warnen, diesen Weg zu beschreiten. Nicht nur läßt der freiwillige Arbeitsdienst auf eine Lohnrückerei hinaus. Die Errichtung von Häusern durch Laien ist auch teuer, selbst wenn sie gar keinen Arbeitslohn erhalten, als durch Facharbeiter. Gedacht ist daran, in Fabriken maschinell hergestellte Häuser aus Holz oder anderem Material zu beschaffen, die der Erwerbslose dann selbst aufstellen soll. Mit den 2500 Mark sollen also nur die Materialien und die Löhne in den Fabriken bezahlt werden. Die Löhne auf der Baustelle sollen fortfallen. Dies ist aber undurchführbar, denn ein Haus muß auf Beton oder Mauerwerk fundamementiert sein. Ebenfalls müssen Herd und Schornstein gemauert werden, was wieder gelernte Arbeitskräfte verlangt. Dasselbe gilt für das Eindecken des Daches und anderer Facharbeiten.

Würde man die Aufstellung der Häuser in der geplanten Weise durchführen, dann müßten die anzufriedelnden Erwerbslosen auf den Kreis gelernter Bauarbeiter beschränkt werden. Also Hände weg vom freiwilligen Arbeitsdienst!

Auch ist es eine Illusion, anzunehmen, daß man größere Siedlungen ohne Zufahrtswege und ohne Beleuchtung errichten kann. Auch die Wasserversorgung spielt eine wichtige Rolle. Aus gesundheitlichen Gründen dürfen Flachbrunnen z. B. nicht in der Nähe von Kieffeldern gebohrt werden. Tiefbrunnen kosten aber beträchtlich viel Geld. Dennoch darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Siedler beim Brunnenbau gespart werden.

Schließlich sind auch die Verkehrsverhältnisse wichtig; sowohl der Stadtrandfiedler wie der Kleinfiedler müssen schnell und billig von ihrem bisherigen Wohnsitz zu dem Gartenland kommen können. Ruß der Kleingärtner die Fahrt von seiner Wohnung zu seinem Garten und zurück bezahlen, so ist es für ihn billiger, den Kohl oder die Kartoffeln einzukaufen.

Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, kann aus dem Siedlungsplan für Erwerbslose etwas werden. Der Regierungskommissar wird seine Absichten also korrigieren und erweitern, Illusionen über Arbeitsdienst aber begraben müssen. Außerdem: Wann endlich wird etwas getan?

Vertrauensbrücke von Amerika.

Die amerikanische Beteiligung an der Berliner Handels-Gesellschaft.

Durch Vermittlung des Hamburger Bankhauses Warburg & Co. ist dieser Tage ein Aktienpaket der Berliner Handels-Gesellschaft in amerikanische Hände übergegangen. Wieviel Aktien hierbei amerikanisch geworden sind, ist nicht bekannt; es wird nur mitgeteilt, daß es weniger als ein Viertel des Aktienkapitals (28 Millionen Mark) ist.

Der Vorgang ist in der Hauptsache deswegen von außerordentlichem Interesse, weil in der gegenwärtigen Zeit eine amerikanische Kapitalbeteiligung an einer deutschen Großbank ein deutliches Vertrauenszeichen gegenüber der deutschen Wirtschaft bedeutet. Die Berliner Handels-Gesellschaft ist keine Depositenbank und besitzt nicht wie die übrigen Großbanken ein Netz von Filialen, sie ist vielmehr eine Geschäftsbank, deren Verwaltung und Geschäft in der Hauptsache auf ihr Berliner Haus konzentriert ist.

Gleichzeitig verengern sich die Beziehungen zwischen der Berliner Handels-Gesellschaft und dem Bankhaus Warburg & Co., und es ist wahrscheinlich, daß aus dieser engeren Zusammenarbeit später auch einmal kapitalmäßig Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die Gruppe der Aktienkäufer wird zwar in den bisherigen Mitteilungen nicht genannt, doch handelt es sich zweifellos um die dem Hamburger Bankhaus geschäftlich sehr nahestehende Gruppe Kuhn, Loeb & Co., eine der wichtigsten amerikanischen Finanzhäuser. Die Mitinhaber der genannten Hamburger Bank, Dr. Fritz Warburg und Max Warburg, sind die Brüder von zwei Geschäftsinhabern des New-Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Paul R. und Jozig R. Warburg. Das Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. hat sich im Weltkrieg, wenigstens in der ersten Zeit, an den großen Kriegaanleihen an England und Frankreich nicht beteiligt. Nach der Stabilisierung der Mark wurde von dieser Bank eine ganze Reihe Anleihen an deutsche Unternehmungen und Gemeinden vergeben.

Eine besondere Bedeutung hat die amerikanische Beteiligung an der Berliner Handels-Gesellschaft für die Stillhaltung der ausländischen kurzfristigen Kredite. Die Kapitalbeteiligung an der Handels-Gesellschaft sichert dieser sicher für den Rückzahlungstermin im Februar 1932 die Hilfestellung amerikanischer Bankgruppen und schaltet Schwierigkeiten für den Fall der Rückzahlung weitgehend aus. Als Beispiel sollte der Fall Handels-Gesellschaft die Aufmerksamkeit der Reichsregierung finden.

Schleuderpreise für Schallplattenapparate.

Die große Zahl von Zusammenbrüchen in der Schallplattenindustrie hat zu einer Ueberflutung des Marktes mit Schallplatten und Apparaten geführt, worüber Industrie und Handel lebhaft Klage führen.

So werden z. B. aus dem Lagerbestand der „Deutschen Ultraphon A.-G.“, der sich auf etwa 2 Millionen Mark stellt, zur Zeit größere Mengen Grammophonapparate zu 148 Mark zum Verkauf angeboten, während sie früher 500 Mark gekostet haben. Da viele Händler noch einen Lagerbestand von Ultraphonapparaten bei Einstandspreisen von 400 Mark besitzen, sind die Lagerverluste entsprechend groß. Auch die Tendenz, die Preise weiter abzubauen, hat die Lage des Handels nicht verbessert, da bei der allgemeinen Geldknappheit die Umlaufsteigerung ausbleibt.

Wenn die Lage in der Schallplattenindustrie und beim Handel sich jetzt derart verschärft hat, so liegt die Schuld bei diesen Stellen selbst. In den guten Konjunkturjahren bis 1929 hat die Industrie trotz der wiederholten berechtigten Forderung der Deffektivität auf Preisentlastung an ihren unsinnig hohen Preisen festgehalten und dementsprechende Rekorddividenden von 15 und 20 Proz. ausgeschüttet. Auch der Handel hat nicht daran gedacht, im Interesse der Erhaltung der Konsumkraft die hohen Gewinnspannen etwas zu verringern. Den Klagen der Schallplattenindustrie und des Handels muß man bei der Verschärfung der Absatzkrise daher entgegenhalten, daß sie jetzt damit gefirakt werden, womit sie geschädigt haben.

Kohlenyndikat senkt die Umlage. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hat die Umlage der Zeden, die zur Finanzierung der Verluste dienen, von 3,82 auf 3,51 M. je geförderte Tonne Kohle herabgesetzt. Die Gründe zur Ermäßigung der Umlage liegen in der Verringerung der auf Bundsbasis abgestellten Verkaufsmengen, die eine entsprechende Verminderung der Währungsverluste zur Folge hatten. Außerdem hat sich bei dem Abzug des Verhältnisses zwischen bestrittenem und unbestrittenem Gebiet zugunsten des letzteren verschoben.

Skandale um Lingner-Werke?

Ein Großaktionär, der mit Betriebskrediten spekuliert.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die Dresdener Lingner-Werke A.-G. (Fabrikant auch von Dool) von der Aktiengesellschaft für Kohlenäure-Industrie-Berlin übernommen werden wird.

Bei den Lingner-Werken rebellieren gegenwärtig die Aktionäre. Sie fürchten, bei den in Gang kommenden Geschäften über die Köpfe dahinter zu werden und — paden aus. Vorläufig handelt es sich um Gerüchte, die aber ernster Natur sind. Die Lingner-Werke hatten danach einen Großaktionär, die Sternbergbank in Amsterdam, die u. a. auch Grundstücksinteressen in Rheinland und Westfalen besitzt. Nun wird behauptet, daß die Lingner-Werke einen größeren Kredit, der immerhin einen erheblichen Teil ihres Aktienkapitals ausmacht, von der Sächsischen Staatsbank in Anspruch genommen haben. Das Gerücht geht dahin, daß man der Sächsischen Staatsbank den Glauben beigebracht habe, dieser Kredit sei für die Tochtergesellschaften der Lingner-Werke bestimmt. In Wirklichkeit soll dieser Kredit an den Großaktionär, die Sternbergbank, gegangen sein, die ihn für ihre Grundstücksinteressen, also zu einem Zweck, der mit den Lingner-Werken gar nichts zu tun hat, benutzt haben soll. Der Großaktionär hätte also die Finanzkraft der Lingner-Werke unrechtmäßig angezapft, zum Schaden des Unternehmens und zum Schaden der übrigen Aktionäre. Außerdem sollen durch die Sternbergbank überreichte Kredite auf die Lingner-Werke abgewälzt worden sein.

Wenn das zutrifft, hat ein Großaktionär seinen Einfluß bei den Lingner-Werken mißbraucht in einer Weise, die die Interessen der Aktionäre ernsthaft angeht und für die sich auch die Staatsanwaltschaft interessieren muß.

Autokonzentration marschiert.

BMW. und Daimler-Benz arbeiten zusammen.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der Abschluß einer Interessengemeinschaft zwischen Daimler-Benz und den Bayerischen Motorenwerken bevorstehe, wird von den beteiligten Stellen in dieser Form bestritten.

Nicht abgestritten wird dagegen, daß beide Gesellschaften bestimmte Verkaufsabmachungen getroffen haben und auch eine gewisse Betriebszusammenarbeit besteht. Unter anderem liefert das größte Daimler-Werk in Sindelfingen bei Stuttgart die Karosserien für den neuen BMW-Kleinwagen. Wie man die Art des jetzigen und künftigen Zusammengehens zwischen Daimler und BMW. auch bezeichnen mag, an der Tatsache, daß die Autokonzentration marschiert, wird auch die Einigung der Verwaltungen nichts ändern. Im übrigen werden die Aufsichtsratsitzungen, die heute und morgen bei beiden Gesellschaften stattfinden, eine Klärung der Situation bringen. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß mit dem großen Zusammenschluß in Sachsen zwischen Ford, DAW., Wanderer und Audi die Konzentration in der Automobilindustrie bereits beendet ist.

Wertsverkäufe bei Nordwolle.

Sehr spärliche Mitteilungen in der Generalversammlung

Der erste Schritt in der Bereinigung des Nordwolle-Komplexes ist getan. Die Logo-A.-G., in der die Webereibetriebe von Nordwolle zusammengefaßt waren, wird nach Mitteilungen in der Generalversammlung ihre Werte in W. Gladbach und in

Gera an die Berliner Textilfirma Gebrüder Berglas veräußern. Das wird praktisch so vor sich gehen, daß eine neue Gesellschaft (ihr Name steht noch nicht fest) mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark gegründet wird. Die Hälfte des Kapitals erhält die Firma Berglas für Einbringung ihrer Betriebe in diese Gesellschaft. Die Logo-A.-G. erhält für ihre beiden Werke in W. Gladbach und Gera 1,5 Millionen Mark Aktien. Den Rest des Kapitals von 1 Million Mark übernimmt Gebrüder Berglas gegen Barzahlung.

Die Kachener Betriebe der Logo, gegen deren Fortführung die Konkurrenten vor einiger Zeit lauten Protest erhoben, werden also nicht von der neuen Gesellschaft übernommen. Was mit ihnen geschehen soll, ist bisher nicht bekannt. Ueberhaupt waren die Mitteilungen auf der Generalversammlung der Logo mehr als spärlich, obwohl man doch alle Ursache hätte, die Deffektivität hinreichend zu informieren. So wurde gesagt, daß ein Teil der Vorräte und Außenstände der Logo auf die neue Gesellschaft übergingen — ein wie großer Teil, zu welchen Bedingungen, wurde nicht verraten. Dabei ist der Posten Vorräte mit etwa 9 Millionen Mark in der letzten Logo-Bilanz der wichtigste — und auch der unsicherste gewesen. An der Tatsache, daß das ganze Logo-Kapital (15 Millionen) verloren ist, dürfte sich nichts geändert haben.

Fortgesetzte Getreidehaufe in Chicago. An der Chicagoer Getreidebörse stiegen die Getreidepreise weiter. Der Weizen erreichte einen Preis, wie man ihn seit Frühjahr nicht mehr erzielt hat. In vielen Kreisen hält man die seit Ende voriger Woche anhaltende Preissteigerung für das erste Anzeichen zu einem Nachlassen der Weltwirtschaftskrise. — Vorausgesetzt, daß nicht reine Spekulationsmanöver vorliegen.

Mussolini macht Staatskapitalismus.

Staatskontrolle über die Industrie.

Rom, 9. November. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat hat am Montag eine weitgehende Kontrolle des Staates über die Industrie beschlossen.

Der erste Schritt dazu geschah dieser Tage durch die staatliche Stützungsaktion bei der größten Aktienbank Italiens, der Banca Commerciale Italiana, als sie ihren gesamten Besitz an Industriekassen abließ. Am Montag wurde ein halbstaatliches Kreditinstitut gegründet, das den Industriebesitz jener Großbank aufnimmt und darüber hinaus allen anderen Industrien Kredite gewährt und sich an ihnen beteiligen kann. Das Anfangskapital von einer halben Milliarde Lire wird laut Ministerialverordnung von halbamtlichen Instituten aufgebracht. Innere Anleihen, die staatlich garantiert werden, sollen dieses Anfangskapital schnell auf fünf Milliarden Lire erhöhen. Das neue Kreditinstitut steht unter der direkten Kontrolle des Finanzministeriums. Das bedeutet politisch die Unterstellung des Industriekapitals unter die völlige und direkte Abhängigkeit vom Staat, zumal keine Bank von Bedeutung künftig mehr Industrien finanzieren kann und dafür nur das halbstaatliche Kreditinstitut in Frage kommt.

Mussolini ist also gezwungen, in großem Maßstabe zum

Staatskapitalismus überzugehen. Den Mussolini-Berichtern unter den deutschen Großunternehmern werden jetzt einblicken die Augen aufgehen. Nicht über ihren Heros Mussolini. Der wollte christlichen Kapitalismus mit den italienischen Kapitalisten, und zwar sehr gründlich auf Kosten der italienischen Arbeiter machen. Aber über die Unverdrüßlichkeit der Wirtschaftsgesetze, über die sich auch Mussolini nicht hinwegsetzen konnte. Der Arbeiter- und volksfeindlichste Diktator Europas muß vor ihr kapitulieren, der italienische Zerstörer des Marxismus muß sich vor der „marxistischen“ Zwangsläufigkeit der Dinge beugen, weil mit unerlösten Industriebankrott, unerlösten Staatsschulden und unerlöster Arbeiterbedrückung jede Wirtschaft zugrunde gehen muß.

Aber der neue italienische Staatskapitalismus wird auch nur auf neue Schulden des Staates gebaut sein, so daß die unvermeidlich werdende Finanzkrise des Staates Italien auch dem faschistischen System in absehbarer Zeit ein Ende setzen werden wird.



Nicht Löhne, Preise senken!

Professor Hermsberg über Wirtschaftsautarkie.

Am Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages des Verbandstages der freigewerkschaftlichen Bankangestellten stand ein Referat des Professors Hermsberg: „Deutsche Selbsthilfe in der Wirtschaftskrise?“

Der Referent beleuchtete das Problem der Wirtschaftsautarkie, das jetzt von bestimmten Kreisen als ein wirksames Mittel zur Behebung der Krise in Deutschland propagiert wird. Das, was in Deutschland als „nationale Selbsthilfe“ gefordert wird, läuft darauf hinaus, Deutschland vom Weltmarkt unabhängig zu machen, vom Ausland bezogene Waren selbst herzustellen, um dadurch für die deutsche Arbeiterschaft neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Diejenigen, die die Einfuhr beschränken wollen, vergessen aber, daß durch die Beschränkung der Einfuhr zwangsläufig auch die Ausfuhr zurückgehen muß. Das muß wiederum ein Schwund der Arbeitsmöglichkeiten zur Folge haben, die sich durch die deutsche Ausfuhr ergeben. Die Ausfuhr beträgt immerhin etwa 45 Proz. der gesamten deutschen Produktion. Wenn in den letzten drei Vierteljahren ein Uberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von rund 2 Milliarden Mark erzielt wurde, zeigt das, daß

ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft durch die Ausfuhr noch Beschäftigung hat.

Es wird weiter behauptet, daß durch die Abhaltung Deutschlands vom Weltmarkt auch die vom Weltmarkt herkommenden krisenverschärfenden Einflüsse ausgeschaltet werden und dadurch die Krise in Deutschland behoben werden kann. Auch dabei übersieht man, daß die Krisen im kapitalistischen Wirtschaftssystem wurzeln, ein wirtschaftsautonomes Deutschland aber immer noch ein kapitalistisches Deutschland bleibt.

Schließlich erklären noch die Vertreter der Wirtschaftsautarkie, daß mit ihrer Einführung eine Planmäßigkeit in der deutschen Wirtschaft herbeigeführt werden soll. Diese Planmäßigkeit wäre durchaus begrüßenswert. Sie kann aber nicht erreicht werden durch eine Einengung des Wirtschaftsraumes, sondern durch eine Erweiterung des Staatsraumes. Infolge der wirtschaftlichen Befriedung der Staaten miteinander kann eine Planmäßigkeit der Wirtschaft nur durch eine Vergrößerung des Staatsraumes erreicht werden, was von einseitigen Wirtschafts- und Staatspolitikern schon seit längerer Zeit propagiert wird.

Die deutsche Selbsthilfe kann nur darin bestehen, die besonderen Erschwernisse zu beseitigen, die auf Deutschland lasten. Welche Kräfte in dieser Richtung anzusehen sind, zeigen die Tatsachen, daß

erstens in keinem Lande der Welt eine so starke Produktions-einschränkung zu verzeichnen ist wie in Deutschland, daß zweitens in keinem Lande der Welt die Preise so wenig gesunken sind wie bei uns, und daß drittens in keinem Lande der Welt die Ausfuhr so wenig zurückgegangen ist wie in Deutschland.

Hieraus ergibt sich ganz eindeutig, daß der Binnenmarkt nicht aufnahmefähig genug ist. Durch eine allgemeine Preissenkung muß neue Kaufkraft freigesetzt, muß die Absatzmöglichkeit auf dem Binnenmarkt erweitert werden. Nützlich ist ein solcher Versuch allerdings, wenn er auf Kosten der Löhne und Gehälter gemacht wird, weil dadurch keine neue Kaufkraft frei wird. Die Preissenkung muß auf Kosten der Gewinne geschehen.

Bei der Preisbildung muß die deutsche Selbsthilfe einsehen.

Aufgabe des Staates ist es daher, nicht noch künstlich die Preise zu stützen und dadurch die Preissenkung zu hemmen. Das ist jedenfalls neben der Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Lasten, der Herbeiführung der politischen Entspannung durch internationale Verständigung die wichtigste Forderung, die zur Bekämpfung der Krise in Deutschland zu erheben ist. Alles andere, was über die Wirtschaftsautarkie geredet wird, ist nur nationaler Selbstbeitrag.

Eine Entschliebung, in der die Forderungen der freien Gewerkschaften zur Bekämpfung der Krise noch einmal klar unmissbar werden, wurde von dem Verbandstag einstimmig angenommen. Nach der Erledigung zahlreicher Anträge und anderer organisatorischer Fragen fanden die Neuwahlen der Verbandskörperschaften statt. Zu Geschäftsführern wurden fast einstimmig die Genossen Marg und Emons wiedergewählt. In den Zentralvorstand wurden u. a. auch sämtliche Betriebsratsvorsitzenden der Berliner Großbanken gewählt. Als Verbandsvorsitzender wurde der Betriebsratsvorsitzende der Danabank, Genosse Mohr, einstimmig wiedergewählt. Zum Vorsitzenden der Zentralverwaltung wählte der Verbandstag einstimmig den Genossen Voegner, Betriebsratsvorsitzender der Berliner Stadtbank.

Je in Krisen können, müssen weitere Lohnsenkungen ertragen. Zwar wird seit langem immer wieder davon geredet, daß der Reallohn der Arbeitnehmer nicht weiter sinken dürfe. Aber dabei bleibt es im wesentlichen. Eine Reihe wichtiger Faktoren der Lebenshaltung thronen entweder unerschüttert auf stolzer Höhe oder sind nur wenig gesenkt worden. So aber geht es nicht weiter. Es ist ja ganz nett und auch richtig, wenn gesagt wird, daß deutsche Volk müsse in dieser Zeit seine Nerven behalten. Aber die Arbeitnehmer sind auch nur Menschen; Unmenschliches zu tragen widerstrebt der Natur.

Das Reichsarbeitsministerium ist bisher in punkto Lohnabbau nicht kleinlich gewesen. Mit der dem Arbeitsminister eigenen Energie und Unerbittlichkeit hat dieser auch Lohnpolitik im „großen Rahmen“ zu machen versucht. Aber seine nächsten Ministerkollegen sind ihm hier nicht gefolgt. Diesen ist es nicht eingefallen, auch nur einen Teil der Stegerwaldschen Energie aufzubringen, um auch die Warenpreise so zu senken, daß der Arbeitnehmer mit seinem verminderten Verdienst nicht total verelendet. Die Arbeitnehmererschaft hat bisher mit Genugtuung die wiederholten Erklärungen des Reichsarbeitsministers begrüßt, wonach er den Kern des Tarifvertrages und des Schlichtungsweßens erhalten will. Er muß jedoch auch dafür sorgen, daß dieser „Kern“ schließlich nicht so bitter wird, daß er für die Arbeitnehmer ungenießbar ist.

Der Arbeitsminister kann nicht damit rechnen, noch weiterhin Verständnis für die Lohnabbauaufsit zu finden (von einer Welle kann man jetzt nicht mehr reden), wenn hier nicht eine ganz radikale Änderung eintritt.

Diesen Ausführungen haben wir nichts hinzuzufügen. Der Reichsarbeitsminister handelt in einer Weise, daß selbst seine treuesten Freunde und Gefinnungsgenossen rebellieren. Der Bogen ist überspannt.

Bergebliche Nachverhandlungen.

Um den Lohn der Gemeindearbeiter.

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen über den Schiedspruch statt, der die Löhne der Gemeindearbeiter und Straßendehner nochmals um 4 1/2 Prozent abbaut. Nach sechsständiger Dauer wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Entscheidung liegt jetzt bei Herrn Siegerwald. Die Entscheidung darüber, ob er, der sich öffentlich in feierlicher Form gegen einen zweiten allgemeinen Lohnabbau ausgesprochen hat, jetzt den dritten Lohnabbau innerhalb eines Jahres sanktionieren wird.

Rückblick der Fabrikarbeiter.

Sie tragen der Krise.

Am Sonntag gab der Bevollmächtigte, Genosse Rüder, der Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter Reichenschaft über die Tätigkeit der Ortsverwaltung für das 2. und 3. Quartal 1931.

Rüder gab einen Überblick über die Mitgliederbewegung und die finanzielle Entwicklung der Zahlstelle seit dem Jahre 1926, dabei an Hand umfangreichen statistischen Materials aufzeigend, daß der Verband bis zum Beginn der Krise an Verbleibkraft nicht verloren habe, sondern ständig an Mitgliederzahl zugenommen hat. Diese aufsteigende Tendenz zeigt auch die finanzielle Entwicklung. In der Zeit vom Jahre 1926 bis zum 3. Quartal d. J. sind in Berlin insgesamt 13.346 neue Mitglieder dem Verbandszuge geführt worden. Die aufsteigende Tendenz hörte naturgemäß mit Beginn der Krise auf; trotzdem sind noch im letzten Quartal über 100 Neuzugänge gemacht worden.

Weiter konnte Rüder berichten, daß es dem Verbandsrat gelang, trotz der Krise bei gutem Organisationsverhältnis für verschiedene Gruppen den Lohnabbauwütigen Unternehmern ein Holz zu gebieten. Durch 17wöchigen, heldenmütig geführten Kampf ist es den Riederlehmer Kalksandsteinarbeitern gelungen, den Abbau ihrer Löhne und Röhne, der bis zu 25 Prozent geplant war, abzuwehren. Ebenso behielten die Schallplattenarbeiter den Vorstoß in der Schallplattenindustrie.

Rüder konnte schließlich feststellen, daß die Organisation an

Festigkeit, immerer Geschlossenheit und Kampfesfreudigkeit nichts eingebüßt habe. Daß es vor allen Dingen jetzt darauf ankomme, die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden, um dann im Frühjahr mit neuen vereinten Kräften an die Gewinnung neuer Mitglieder zu arbeiten.

Alle Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen Rüders und gelobten, der Organisation die Treue zu halten und alle ihre Kraft dem Auf- und Ausbau des Verbandes zur Verfügung zu stellen.

In den Gaudorferland wurden die Genossen Rüder, Prinzke, Breitkreuz, Albrecht und Louis gewählt.

Der starke B.M.Z. machtlos!

Kann kein Mitglied zur Tarifstreue bewegen.

Ein Prozeß gegen den B.M.Z., der seit Jahr und Tag beim Arbeitsgericht Berlin schwebt, ist jetzt durch Urteilspruch beendet worden. Es handelt sich um einen Vorgang, der sich unmittelbar nach dem Streit in der Berliner Metallindustrie abgespielt, der vor einem Jahr durch einen Schiedspruch zum Abschluß kam.

Dem Schiedspruch zufolge mußten die Streikenden wieder eingestellt werden, bevor betriebsfremde Arbeiter beschäftigt wurden. Gegen diese Bestimmung hat die Firma Admos G. m. b. H. in Oberschöneweide verstoßen. Sie hat neben 31 Streikenden 39 Betriebsfremde eingestellt. Für die Arbeiter, die auf diese Weise gemahregelt wurden, hat der Deutsche Metallarbeiterverband eine Schadenersatzklage gegen den B.M.Z. eingereicht, mit der Begründung: Der B.M.Z. als Tarifkontrahent des B.M.Z. war verpflichtet, dafür zu sorgen, daß seine Mitglieder den Schiedspruch erfüllen. Da er das hinsichtlich der Firma Admos nicht getan hat, muß er den betreffenden Arbeitern, die zum größten Teil heute noch arbeitslos sind, den durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Schaden ersetzen.

Das Urteil des Arbeitsgerichts sagt, die Firma Admos habe dadurch, daß sie die Streikenden nicht wieder einstellte, Tarifbruch begangen. Wenn auch, wie der Vertreter des B.M.Z. betonte, die Mitglieder nicht zum unbedingten Gehorsam gegen die Verbandsleitung verpflichtet seien, so schließt das nicht aus, daß der B.M.Z. gegen die Firma Admos strenge Maßnahmen ergreifen könnte. Ein energisches Auftreten, etwa der Ausschluß der widerstrebenden Firma, wäre notwendig gewesen. Die Firma hätte sich aber — wie ihr Geschäftsführer als Zeuge betonte — auch durch die schärfsten Maßnahmen des B.M.Z., auch nicht durch einen Ausschluß, bewegen lassen, ihr Verhalten den Streikenden gegenüber zu ändern. Demnach hätte also selbst die schärfste Eingreifen des B.M.Z. den Schaden von den nicht wieder eingestellten Arbeitern nicht abwenden können. Eine Schadenersatzpflicht des B.M.Z. bestehe somit nicht. Die Klage wurde abgewiesen.

Hoffentlich dürfte das Urteil in der Berufungsinstanz korrigiert werden, denn da der B.M.Z. gegen sein tarifbrüchiges Mitglied nicht die schärfsten Maßnahmen angewandt hat, die das Urteil selbst als notwendig bezeichnet, ist er für die Handlungen des Mitgliedes mitverantwortlich.

Streit bei Borfig beigelegt.

Heute Wiederaufnahme der Arbeit.

Wie erinnerlich, haben etwa hundert Former der Firma Borfig vor einigen Tagen ohne vorherige Verständigung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Arbeit niedergelegt, da die Firma die Absicht hatte, verschiedene Akkordabzüge zu machen. Die A.G.D. verurteilte wohl mit den üblichen Methoden die Kampffront zu verbieten, ohne aber sonst auch nur einen Versuch zu machen, die Forderung der Arbeiter praktisch durchzusetzen. Da sich unter den Streikenden auch eine große Zahl von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes befand, die sich an ihre Organisation wandten, verhandelte diese zunächst mit dem B.M.Z. und dann mit der Firma selbst. Bei diesen Verhandlungen gelang es, die Akkordabzüge zum großen Teil wieder rückgängig zu machen. Die Streikenden beschloßen gestern daraufhin, heute früh wieder die Arbeit aufzunehmen.

Betriebsräte im Bankgewerbe.

Frifrierte Zahlen des Bankbeamtenvereins.

Der Deutsche Bankbeamten-Verein (DBV) hat der Öffentlichkeit vor kurzem eine Aufstellung über die Verteilung der Betriebsratsmandate im Bankgewerbe auf die einzelnen Gewerkschaften übergeben, die zu dem Schluß kommt, daß 72 Proz. der Betriebsräte zum DBV und nur ein Zehntel dieser Zahl dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, der freigewerkschaftlichen Bankangestelltenorganisation, angehören. Diese Aufstellung des DBV ist eine große Irreführung der Öffentlichkeit.

Wie jedem bekannt, ist die Größe der Betriebe im Bankgewerbe völlig verschieden. In Berlin und in wenigen anderen Großstädten ist das Bankgewerbe konzentriert; hier sitzen Zehntausende von Angestellten, während im Reich zwar viele Betriebe sind, aber jeder naturgemäß nur mit erheblicher geringerer Belegschaft. So beschäftigen die vier Berliner Großbanken allein etwa 13.000 Angestellte, d. h. von den Angestellten

Es ist noch lange nicht alles Malzkaffee, was so aussieht!

... oft ist es nichts anderes als

Gerste — rohe Gerste, die einfach gebrannt ist.

Verlangen Sie Kathreiner! Dann haben Sie richtigen Malzkaffee — und zwar den reinsten, den es überhaupt gibt...

Geheimnisse.

Zur Reform der Sozialversicherung.

Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums über die Reform der Sozialversicherung werden, sobald das Kabinett dazu Stellung genommen hat, mit den Gewerkschaften besprochen werden. Ihre Veröffentlichung ist für Ende November vorgesehen. Einstweilen hält sich das Ministerium noch in Stillschweigen. Nur die dem Reichsarbeitsminister nahestehende Presse bringt einige Andeutungen über die geplante Verwaltungsvereinfachung.

Danach soll die Absicht bestehen, durch Zusammenlegung von 20 Landesversicherungsämtern zu schaffen. Deren Aufgabe sei die Betreuung aller Zweige der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Angestelltenversicherung. Diese 20 Landesversicherungsämter würden direkt dem Reichsarbeitsministerium unterstehen. Eng verbunden damit sei eine Vereinheitlichung des Beitragszwangs, der für die Krankenkassen, die Invalidenversicherung sowie die kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherungen bei den Krankenkassen zusammengefaßt werden soll.

Das Ministerium hat es bisher vermieden, zu diesen Andeutungen etwas zu sagen. Zweifellos sind diese Andeutungen nicht aus den Fingern geblieben. Die Stellen, die nicht dicht hielten, haben auch die Pflicht, Klarheit zu schaffen.

Bis jetzt hat nur Bayern praktisch einen Schritt zur Verwaltungsvereinfachung in der Sozialversicherung unternommen. Es hat per Verordnung bestimmt, daß ab 1. Januar die Zahl seiner Landesversicherungsanstalten von 8 auf 6 vermindert wird. Zusammengelegt werden die Landesversicherungsanstalten von Niederbayern und Oberpfalz sowie die von Ober- und von Mittelfranken. Das ist zunächst nur ein sehr kleiner Schritt. Für Bayern würden zwei Versicherungsanstalten vollausgenügen.

Eine kräftige Zusammenlegung der Zahl der Landesversicherungsanstalten ist notwendig. Ebenso auch eine Vereinfachung in der Abwicklung der Rentenstreitigkeiten bei Einsprüchen. Diese Aufgabe soll, wie verlautet, in erster Linie durch die Schaffung besonderer Kommissionen gelöst werden, in denen Arbeitgeber und Versicherte sich haben sollen und nach deren einstimmigen Entscheidung kein weiteres Rechtsmittel mehr in Anspruch genommen werden könnte.

Über die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Beitragsinzugs besteht kein Streit mehr. Die Frage ist nur, wie und auf welchem Wege diese Vereinheitlichung erfolgen soll. Der Einzug über die Post, der bisher bereits in einigen Sozialversicherungszweigen erfolgte, hat sich bewährt. Die zweimalige Berechnung im Monat ging glatt und prompt vor sich. Auch arbeitet die Post am billigsten. In Gewerkschaftskreisen befürwortet man daher sehr stark eine Vereinheitlichung des Beitragsinzugs auf dem Wege über die Post.

Der Bogen überspannt.

Die Christlichen rebellieren.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, schreibt in seiner heutigen Nummer a. a.:

„Das große Heer der Arbeitslosen sowie die vielen Unorganisierten lassen jeden offenen Kampf als ein großes Risiko erscheinen. Hinzu kommt, daß die unheimliche parteipolitische Zerrissenheit der Arbeitnehmer die Abwehr riesig erschwert. Immerhin wäre es sicher in bestimmten Bezirken und Kreisen zu Abwehrkämpfen gekommen, wenn das staatliche Schlichtungswesen hier nicht hemmend gewirkt hätte. Für die Funktion des staatlichen Schlichtungswesens, möglichst Arbeitskämpfe zu vermeiden, haben wir stets größtes Verständnis gehabt. Wir haben aber kein Verständnis dafür, wenn die Schlichtungsinstanzen sehr vielfach ohne jede Hemmung Löhne und Gehälter auf niedrigste Stufen drücken. Sicher ist der Währungszerfall in anderen Ländern hier nicht ohne Einfluß geblieben. Aber was wie lohnpolitisch gegenwärtig erleben, geht weit über das Maß des Erträglichen und Notwendigen hinaus. Selbst Arbeitnehmergruppen, die infolge niedrigster Verdienste nur noch ein kümmerliches Da-

Zum Notopfer für die Erwerbslosen wurden 400 Mark aus der Kasse der Betriebsfraktion des Bezirksamts Prenzlauer Berg an die Bezirkskasse abgeführt...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 10. November:

- 1. Kreis. Heute spricht Rathilde Sturm über: 'Die Frau in Wirtschaft und Politik' in der Schule Danziger Str. 23. Frauen und Männer sind herzlich willkommen...

Morgen, Mittwoch, 11. November:

Mitgliederversammlungen und Zahlabende in nachstehenden Lokalen:

- 3. Kreis. 20 Uhr Kreismitgliederversammlung im Lokal Bitterlingarten, Wilhelmstraße 114-115. Referent: Genosse Dittus...

- 17. Kreis. 20 Uhr Kreismitgliederversammlung im Lokal Bitterlingarten, Wilhelmstraße 114-115. Referent: Genosse Dittus...

- 118. Kreis. 20 Uhr Kreismitgliederversammlung im Lokal Bitterlingarten, Wilhelmstraße 114-115. Referent: Genosse Dittus...

Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt. Seminar für Wohlfahrtspflege. Donnerstag, 12. November, 20 Uhr, im roten Saal der Hammerstraße...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Freizeidiskussion. Wie Jungfrauen und rote Frauen kommen heute zur Annullationsdiskussion mit ihren Eltern und Frauen...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation. 40. Abt. Am 6. November ist unter Genosse Emil Kollmann, Kollmannstraße 49, im Alter von 33 Jahren verstorben...

Kinderparadies bei Wertheim. Schade, daß der Weihnachtsmann so gar kein Betriebskapital mehr zur Verfügung hat und der weihnachtliche Buntmarkt...

Den Grundbesitz 'Qualität über alles' hat die Königl. Gesellschaft auch bei Einführung ihrer Pedimen für die richtige Verwendung von Königl. Erzeugnissen geübt...

Das Erbe seiner Väter in Form schöner weißer Zähne kann man durch regelmäßiges Putzen mit Chlorodont-Zahnpaste bis ins hohe Alter erhalten...



Eine gute Nachricht: Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Eise Möbus: Der Weg über die Grenze

Grau und farblos hingen die Schatten des einbrechenden Abends vor dem Fenster. Eine dünne Rauchfahne schwang sich aus dem Kamin und legte sich schlaftrig über das alte, moosbewachsene Dach. Die breiten, dunklen Reste der Eise, die das niedere, keine Fenster halb verdeckte, liehen keine Helligkeit mehr durch. Nur feinsten Tropfen noch Lichtstrahlen in den Raum. Sie glitten über den blau- und rotbemalten Schrank und blieben auf dem blattgeschwungenen Tisch liegen.

Die Hände der alten Frau fuhren unruhig über das rot-gewürfelte Federbett. „Ich find' keine Ruh' im Grab“, sagte sie hastig. Dünn und klanglos schwang die Stimme durch das ärmliche Zimmer.

Die Blicke des Sohnes, der am Tisch saß, blieben an den abgegriffenen, verarbeiteten Händen hängen, die sich ineinander gekrampft hatten. „Ich kann dir mein Wort nicht geben“, sagte er gepreßt, „denn ich weiß nicht, ob ich's halten kann. Siehst ja selbst, wie's hier geht.“

Die alte Frau antwortete nicht. Nur ihre Hände verrieten, wie es in ihr aussah.

„Ist ja auch mein Wunsch immer gewesen, daß du neben dem Vater hängen sollst. Aber sag selbst, wo soll ich's Geld hernehmen, um dich auszulassen von der Gemeinde? Wer hier stirbt, der bekommt seinen Platz hier auf dem Friedhof. Aber geh, mußt net an den Tod denken, Mutterl, hast noch Zeit genug!“ Er beugte sich über sie.

Wer die Frau hatte sich der Wand zugedreht. Sie antwortete nicht. Der Sohn stand noch einige Augenblicke und horchte auf die unruhigen, stoßweisen Atemzüge. Dann ging er mit geknicktem Kopf hinaus.

Die Frau im Bett warf sich stöhnend hin und her. In dem müden, des Denkens ungewohnten Kopf jagten die Gedanken im Kreis.

„Ich find' keine Ruh'...“, sagte sie mit trockenen Lippen vor sich hin. Dann richtete sie sich halb auf und versuchte, den letzten schwachen Lichtstrahlen zu folgen. Dort drüben, über dem Berg, lag der Friedhof ihres Heimatortes, auf dem sie alle begraben lagen, mit denen sie einmal vereint sein wollte. Der Mann, der Bruder und die beiden Töchter. Neugierig legte sie sich in die Kissen zurück.

Leise öffnete sie die Tür. Ein blasses, dünnlichbrünes, kleines Mädchen kam herein und ging mit scheuem Lächeln auf das Bett der Großmutter zu. „Sollst dir keine Sorg' mehr machen, läßt die der Vater legen, und gleich morgen früh geht er zum Amtsvorsteher. Und sollst nimmer ans Sterben denken.“

Die Alte schien die Worte nicht zu hören. Aber plötzlich öffnete sie die Augen und sah das Kind an. „Ich denk net ans Sterben, Annerl“, sagte sie fast heiter. „Ich denk an was anderes. Und jetzt geh schön zum Schlafen.“

Die Nacht war kalt und regnerisch. Die Wetterfahne drehte sich freudig nach Nordwesten und überließ sich dann dem Sturm, der immer stärker aufkam. Er legte über das breite Stoppelfeld und schlug die morsche Fensterrinde dröhnend an die schlecht überputzte Kalkwand. Dann packte er die Haustür und versuchte, sie der kraftlosen, gebückten Gestalt, die sie geöffnet hatte, zu entreißen. Kurz und scharf schlug der Hund an, aber dann kroch er schweißmedelnd herbei.

Die alte Frau traute ihm mit zitternder Hand das Fell. „Bravus Hunderl!“ Dann schlich sie gebückt über den Hof.

Die Landstraße war aufgeweicht. In diesen Klumpen haßte sie sich der Behm an die Sohlen. Die Alte leuchtete. Auf ihrer Stirn standen dicke Schweißperlen.

Hinter der Sägemühle öffnete sich ein breiter Fahrweg, der sich im Dunkel des Waldes verlor. In den Wipfeln und Ästen pfliff und saulte es. Klatschend schlug ein Tannenzapfen in die Wasserlache mitten im Weg. Die alte Frau bebte am ganzen Körper. Der Schweiß rann ihr in Strömen über das Gesicht. Das waren die Waldmänner, die in den Sturmnächten hier ihr Wesen trieben. Auf schäumenden Pferden rasteten sie über den Wald und peitschten mit den Hahnschweifchen die tief geduckten Baumstämme. Krampfhaft umklammerte sie den Krüdenstock und hastete bergaufwärts.

An der Kreuzung der drei Tannen blieb sie endlich stehen und knüpfte sich das Kopftuch fest, das ihr der Sturm herabgerissen hatte. Dann lehnte sie sich an den harzbedeckten Stamm. Eine tödliche Schwäche kroch in den Beinen herauf und eine schwere, dunkle Hand rührte an ihr Herz.

„Nein, nein...“ Mit übermenschlicher Kraft zwang sie die Füße zu ihrem Dienst und leuchtete vorwärts.

Farnkräuter und Pilze strömten ihren Duft aus. Ein weicher Hauch von Wärme und Wasser lag in der Luft. Da unten mußte schon der See liegen. Die alte Frau atmete tief auf. Bald war die Grenze erreicht.

Von den Zweigen tropfte Nässe herab und durchdrang die Kleider bis auf die Haut. Der Waldboden wurde locker und sumpfig, er schwankte und gurgelte unter dem Fuß.

Schwer und pfeifend ging der Atem durch die Lungen. Aber die Alte hastete vorwärts wie im Fieber. Wieder fühlte die schwere Hand nach ihrem Herzen, aber diesmal war sie kalt wie Eis. Nach einmal raffte sie sich zusammen. Tannelnad ging sie ein paar Schritte vorwärts. Dann brach sie am Fuß einer alten, ausgehöhlten Weide zusammen.

Als sie wieder zu sich kam, war es Morgen. Der Sturm hatte sich gelegt und es hatte aufgehört, zu regnen. Aus dem feuchten Boden stiegen dünne Nebel. Am Himmel standen groß und glänzend die Sterne.

Mit einem Schloge kam ihr das Bewußtsein. Eine Welle des Entsetzens flutete über ihr Gesicht. Dann umklammerte sie den Weidenstamm und versuchte, die eiskalten, steifen Glieder auf den Boden zu stellen. Mit siebergelühenden Augen taumelte und kroch sie vorwärts, Schritt um Schritt. Wenige Meter vor ihr ruhten schon die Felder beginnen. Es konnte nicht mehr weit sein. Ein schmaler Wiesenpfad führte hindurch.

Schneller, immer schneller begann die Frau zu laufen. Es wurde ihr plötzlich ganz leicht und frei. Wie rasch die Landschaft vorüberglitt! Unmittelbar vor ihr waren schon die ersten Häuser zu sehen, und dort — dort ragten wohlvertraute Kreuze auf, alt, windig, zerkümmert von Regen und Sturm. —

Aber da merkte sie endlich, daß sie gar nicht mehr ging, sondern daß jemand sie trug. Ein fester Arm umschlang ihren Körper, und als sie ihren Kopf zurücklegte, fand sie Halt an einer breiten Brust. „Ist schön, daß du mir entgegenkommest, Mann“, sagte sie, es war zu weit für mich.“

Als die Sonne aufgegangen war, kam ein kleiner Trupp singender, junger Menschen den Wiesenpfad entlang. Aber sie blieben bestürzt stehen, als sie mitten auf dem Weg, wenige Schritte über der Grenze, die leblose Gestalt einer alten Frau liegen sahen. Unschlüssig und stützernd umstanden sie den bewegungslosen Körper.

„Sie muß einen schönen Tod gehabt haben“, sagte der eine.

„Sie sieht so glücklich aus. Wir wollen sie hinaustragen ins Dorf.“

Die alte Frau aber lächelte so geheimnisvoll in sich hinein, wie ein Niemand, der für sein armes, bedeutungsloses Leben einen Sinn und ein Ziel gefunden hat.

mit den köstlichsten Speisen und herrlichen Weinen, bis sie, trunken vor Sonne, zwischen Springbrunnen von Milch, Honig und Wein, sich wie in Paradiese glaubten und sich von dessen Freuden gar nicht mehr trennen wollten.

Vier oder fünf Tage lang ließ man die jungen Menschen dieses Leben genießen, dann wurden sie, auf die gleiche Weise wie vorher, wieder in Schlaf versetzt, aus dem Garten gebracht und nach ihrem Erwachen vor den Fürsten geführt. Auf seine Frage, wo sie gemessen seien, antworteten sie mit tiefster Ueberzeugung: „Im Paradiese, durch die Gnade Eurer Hoheit!“ Und dann erzählten sie vor dem ganzen fürstlichen Hofe, der ihnen mit Staunen und Neugier zuhörte, von dem Außerordentlichen, das sie gesehen und erlebt hatten. Der Fürst wandte sich dann an sie und sagte: „Wir haben die Versicherung von unserem Propheten, daß der, der seinen Herrn verteidigt, in das Paradies kommen wird, und wenn Ihr treu meinen Geboten nachkommt und gehorsam meinen Befehlen seid, so wartet Eurer dies glückliche Los!“

Hingerissen von dieser Zusicherung, schätzten sie sich alle glücklich, die Befehle ihres Herrn zu empfangen, und eiferten danach, in seinem Dienst zu sterben, um bald der verheißenen Wonne für immer teilhaftig zu werden. So geschah es — führt Marco Polo weiter aus — daß, wenn irgendeiner der benachbarten Fürsten, oder wer sonst, ihres Oberhauptes Mißfallen erregt hatte, dieser ihn durch die von ihm erzeugten Mordmörder töten ließ. Keiner schrak zurück, sein eigenes Leben daran zu setzen, das er gering schätzte, wenn er nur die Befehle seines Herrn ausführen konnte. Auf diese Weise wurde die Tyrannei des „Alten vom Berge“ furchtbar in allen umliegenden Ländern.

Das Treiben der Assassinen, deren Sekte fast zwei Jahrhunderte lang bestand, wurde dem ganzen Orient verhängnisvoll. Das Reich der Seltschuken wurde durch ihre unablässigen Fehden und Morde schwer erschüttert und seinem Verfall nahegebracht. In Persien, das damals noch zum Machtbezirk des Mongolenreichs gehörte, machte im Auftrage des Großkhans dessen Bruder Hulagu 1256 die furchtbaren Mordkriege ein Ende, indem er ihren Hauptstützen das Bergschloß Alamut, nach dreijähriger tapferer Verteidigung aushungerte und zerstörte. Der „Alte vom Berge“ und all seine Anhänger wurden getötet. Noch heute sind die Ueberreste dieses Assassinenhofes erhalten, wenn sie freilich auch nichts mehr ahnen lassen von der einmaligen Zauberverpracht seiner Anlagen und geheimnisvollen Einrichtungen.

Dr. A. H. Francé:

Lichtmangel der Stubenpflanzen

Wer möchte wohl, wenn er sich als Großstädter die Freuden eines eigenen Gartchens verlagern muß, darauf verzichten, sich nicht wenigstens am Fensterbrett oder Balkon eine kleine grüne Oase in die Stadtwüste seines Wohngebäudes zu schaffen, und seien es nur ein paar Pelargonien, ein Stachelkaktus, eine Azalee, ein Topf voll Fierspargel oder ein Cereus! Wie es Hausfreunde unter den Tieren gibt, gleich den Hunden, die dem Menschen überallhin folgen, auf die Hochebene Tibets und Perus und in die eisige Polarnacht Grönlands, wo sie kaum die ihrer Art zugehörigen Lebensbedingungen finden, so begleiten auch einige Pflanzen den Menschen in seine dunklen „Wohnhöhlen“, die gewiß nicht geeignet sind, einem nur durch das Licht lebenden Geschöpf als dauernder Aufenthaltsort zu dienen. Einzelne Gewächse, so namentlich der Lorbeer und die mit unserem heimischen Raigebirgen noch verwandte Schildkröten, welche aber die wenigsten der Blumenfreunde unter diesem Namen kennen, da sie die Gärten als Aspidistra verkaufen, sind in ihrem Lichtbedarf so anspruchlos, daß man sie auch in eine völlig dunkle Zimmerede stellen kann, ohne daß sie eingehen. Der Farnkraut erträgt sogar monatelang völlige Dunkelheit ohne weiteren Schaden.

Neben diesen „hartlaubigen“ Gewächsen gibt es aber auch andere, die sich keineswegs in unsere Stube bequemer wollen. Schon die Kapuzinerkresse (Laopacolum) verkrüppelt, wenn sie nicht unmittelbar am Fensterbrett steht; ihre von Natur aus langen und dünnen Blattstiele strecken sich durch Wachstum unwahrscheinlich lang und halten die merkwürdigerweise in der Mitte an ihr angewachsene Blattstiel mit einer wahrhaft schrecklich anmutenden Behörde gegen das lichtspendende Fenster hinaus. Sie beweisen damit, daß die Pflanze den Lichtmangel wahrnimmt und in ihrem Wachstum ein Mittel besitzt, um ihre Lebenskraft durch Bewegung, durch Ortsveränderung zu verbessern. Dem Gärtner war das von jeher bekannt; er nannte eine solche, durch das „Sireben“ nach besserer Beleuchtung zu übermäßigem Wachstum angeregte, gewöhnlich auch durch mangelnde Blattgrünbildung blaue und ihrer natürlichen Form entkleidete Pflanze „vergeilt“ und mußte sehr gut, warum er eine erfolgreiche Zimmerlumengärtnerin eigentlich nur in Glashausern mit Oberlicht unternehmen wollte. Die meisten der von Blumenfreunden gepflegten Zimmerpflanzen sind mehr oder minder vergeilt und verraten ihren Lichtmangel zumindest durch ihre einseitige, von der Fensterhöhe bestimmte Gestalt. Sehr viele und gerade die schönsten Gartenblumen eignen sich daher aus ihrem großen Lichtbedürfnis gar nicht für die Stubenpflege, und so zeigt uns schon die erste Betrachtung unseres Blumenfensters das große pflanzengeographische Gesetz: Das Licht regelt die Verbreitung der Pflanzen.

Es ist freilich nicht der Lichtmangel allein, der eine Menge von Pflanzen untauglich zu unseren Stubengenossen macht. An sich ist er wohl der wichtigste Faktor, denn wenn der Wiener Botaniker S. Wiesner herausgefunden hat, daß 1 1/2 Meter von einem Fenster in einer Stadtgasse entfernt nur ein Sechstel der Lichtmenge herrscht wie auf einer Wiese im freien Felde, so verrät das Beleuchtungsverhältnis, die in der Natur fast niemals an vegetationsreichen Orten vorkommen. Denn selbst am Boden des dichten Tannenwaldes herrscht noch ein Dreifünftel der Lichtmenge, die eine Wiese trifft, und es ist jedermann, der auf seinen Spaziergängen auch nur ein wenig auf die Natur achtet, bekannt, wie pflanzenleer das Waldesinnere unter den Bäumen eigentlich ist.

Moderne Verkehrsregelung in England. Während in früheren Jahren für Automobile beim Befahren von Landstraßen, besonders in den viehreichen irischen und schottischen Gegenden, eine Kennzeichnung durch rote Fahnen Vorschrift war, soll vom britischen Verkehrsministerium jetzt bestimmt werden, daß Viehherden bei Tag durch einen Mann mit roter Fahne, bei Nacht mit roter Laterne begleitet werden sollen. Zur Regelung des Riesenverkehrs in den Londoner Straßen sind kürzlich Flugzeuge in den Dienst der Verkehrspolizei gestellt worden, die auf radiotelegraphischem Wege der Straßenpolizei Verkehrsregelungen melden.

Der reichste aller indischen Fürsten, der Nizam von Hyderabad, besitzt in seiner Edelsteinammlung den größten Smaragd, der je gefunden wurde. Aus diesem Stein ist ein lebensgroßer Papagei geschnitten worden.

Zunahme der Großstädte. Im Jahre 1900 gab es auf der Erde 278 Großstädte, jetzt gibt es über 400.

Dr. Paul Grabein:

Der Alte vom Berge und die Assassinen

Die mohammedanische Mordkriege der Assassinen und ihr Oberhaupt, der gefürchtete „Alte vom Berge“, die zur Zeit der Kreuzzüge auch dem Abendlande durch ihre Bluttaten bekannt wurden, haben es zu einer Weltberühmtheit, oder besser gesagt, Berühmigung gebracht, die selbst im Laufe von neun Jahrhunderten nicht verblasst ist und ihren Namen noch heutzutage mit einem unheimlichen Zauberspannen hält. Sie haben die Phantasie nicht nur des Morgenlandes lebhaft erregt, was die Niedereckel in dem Märchen von „Tausendundeine Nacht“ bezeugen, sondern ebenso die der europäischen Völker und auch hier Eingang in die Literatur gefunden. Sie sind Gegenstand zahlreicher Romane geworden, so z. B. auch in Gustav Freytags „Ähnen“ in dem Bande „Die Brüder vom deutschen Hause“.

Es soll hier in die Geheimnisse dieses länderumspannenden politischen Mordbundes hineingeleuchtet werden, und zwar auf Grund des sachkundigen Berichtes eines zuverlässigen zeitgenössischen Zeugen, des bekannten venezianischen Weltreisenden des 12. Jahrhunderts Marco Polo, der Jahrzehnte hindurch am Hofe des großen Mongolenkaisers Kublai-Khan lebte und in seiner berühmten gewordenen Reiseschilderung auch den Assassinen ein Kapitel widmete.

Der Name Assassinen kommt von dem arabischen Wort „Hachschin“, das sich im Munde der europäischen Kreuzfahrer in Assassini wandelte; er bedeutet „Hansfeller“ und enthält somit eine Anspielung auf den narkotischen Rauch, der — wie wir sehen werden — eine verhängnisvolle Rolle bei dem dunklen Treiben dieser großen Mordgenossenschaft spielte. Sie wurde im Jahre 1081 von einem Scheich Hassan ibn Sabbah aus der Gegend von Teheran gestiftet, der eine Anzahl von Jünglingen um sich sammelte, die sich „Fidami“, d. h. „die sich Opfern“, nannten und gefügige Werkzeuge in der Hand ihres dämonischen Meisters wurden. Der Kreis dieser Jünger wuchs mächtig an; er betrug zur Zeit seiner größten Macht schätzungsweise an 60000 Personen, und die Sekte breitete sich von Persien bis nach Ägypten und ins Gelobte Land aus. Ihr Oberhaupt nannte sich „Scheich ul Dschib“, d. h. der „Alte vom Berge“, nach der uneinnehmbaren, schloßähnlichen Bergfestung Alamut in Persien, die der Vortritt dieses Mordbundes war. Die Assassinen betämpften die islamischen Gesetze und Herrscher. Daher suchten sie zunächst Beziehungen zu den christlichen Kreuzfahrern, deren Kampffront ja die gleiche war. Aber bald ergaben sich Konflikte, und nun wurden sie die grimmigen und heimtückischen Feinde der Kreuzfahrer. Unter ihren Dolchen fielen viele von ihren Anführern, unter anderem auch zwei mit geschichtlich berühmten Namen, Raimund I., Graf von Tripolis, und Konrad, Markgraf von Montferrat und von Tyrus.

Die Kreuzfahrer hatten bereits in Palästina und Syrien von einem „Alten vom Berge“ gehört, aber dieser war nur der Führer eines Zweiges der großen Sekte, der auf einer Bergkette im Libanon hauste. Man mußte nicht, daß das eigentliche Oberhaupt des Mordbundes weitab in Persien, eben in Alamut, saß. Hier, von sowie von der Organisation des Geheimbundes erhielt das Abendland erst durch den Bericht Marco Polos Kenntnis, der 1195 erschien und bald größtes Aufsehen erregte. Seine Schilderung kam

den meisten Zeitgenossen höchst wunderbar und kaum glaubhaft vor; aber sie ist durch die moderne Geschichtsforschung durchaus beglaubigt worden und somit als zuverlässige Quelle anzusehen.

Nach der Darstellung Marco Polos hat der Scheich Mo-Eddin in einem hochgelegenen Gebirgstal einen herrlichen großen Garten anlegen lassen, in dem die köstlichsten Früchte und die duftigsten Blumen, die man sich nur denken kann, wuchsen. Paläste von mannigfacher Größe und Form waren in mehreren Terrassen übereinander in diesem Park aufgebaut, geschmückt mit reichsten Zieraten von Gold, mit Gemälden und reichen Seidenstoffen. Man sah in diesen Gebäuden viele Springbrunnen mit klarem Quellwasser, aber auch solche, aus denen Wein, Milch und Honig floss. In den Palästen waren die schönsten Mädchen und Frauen, die des Gesanges kundig waren, auf allerlei Musikinstrumenten spielen konnten, zaubernd tanzten und sich auf alle Künste der Liebe verstanden. Angenut mit reichen Kleidern, führten sie ausschließlich ein Leben der Freude, und die Gärten und Pavillons ertönten ständig von ihrem hellen Lachen und lustiger Musik. Ihre Aufseherinnen und Dienerinnen aber wurden innerhalb der Gebäude eingeschlossen gehalten und durften sich nicht sehen lassen. Der Grund, weshalb der Fürst einen solchen zauberischen Garten hatte herstellen lassen, war nach Marco Polo der folgende: Mohammed hat denen, die seinen Geboten folgen, die Freuden des Paradieses versprochen, wo jede Art sinnlichen Genusses in Gesellschaft schöner Frauen geboten ist. Nun wollte der Fürst seine Anhänger glauben machen, daß auch er ein Prophet sei, dem Mohammed ähnlich, und daß er gleichfalls die Gemacht habe, diejenigen in das Paradies zu bringen, die er in seine Gunst aufnahm. Damit aber niemand ohne seinen Willen den Weg in dies herrliche Bergtal finden konnte, ließ er an dessen Eingang ein festes, uneinnehmbares Schloß errichten, durch das man nur auf einem geheimen Wege in den geschützten Park mit all seinen Freuden gelangen konnte.

An seinem Hofe hielt der Fürst eine Anzahl junger Leute von 12 bis 20 Jahren, die er aus den Einwohnern der benachbarten Gebirge auswählte. Sie mußten besonders kriegstüchtig, verwegen und entschlossen sein. Diesen Jünglingen erzählte er täglich in überzeugender Weise von dem von Propheten verheißenen Paradiese und von seiner Macht, sie in dieses einzuführen. Zu dieser Suggestion mit Worten traten aber noch andere, wirksamere Mittel. Zu gewissen Zeiten ließ er nämlich zehn oder zwölf Jünglinge Tränke von einschläfernder Wirkung geben. Verwand wurde zu diesem Zwecke offenbar das aus der Hanfpflanze hergestellte Haschisch oder ein damit gemischter Trank, wie er als „Bang“ noch heute im Orient genossen wird und vielfach zu Bluttaten führt, zu dem sogenannten Amoklaufen. Sobald die jungen Leute in einen todesähnlichen Schlaf versunken waren, ließ der Fürst jeden einzeln in einen der Pavillone des Gartens bringen. Wenn sie hier aus ihrer Betäubung erwachten, wurden ihre Sinne beraubt von all den Herrlichkeiten des Paradieses, die ihnen vorher so oft mit glühenden Farben geschildert waren und die sie nun leidhaftig vor sich zu sehen wähnten. Da waren reizende Mädchen und Frauen, die sangen, spielten und sie durch ihre Liebeslungen bezauberten. Auch bedienten sie ihre Gäste

Verantwortlich für Text: Walter Götze; Bilder: G. Kinnacher; Gewerkschaftsberatung: J. Weiner; Redaktion: Dr. John Schönbach; Verlags- und Buchhändler: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; Vertrieb in Berlin: Verlag: Bornsche-Brosch. G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornsche-Brosch. und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2. Seite 2. Seite 2.

Hugenberg pocht auf Dokumente

Dittler am Seil der sozialen Reaktion.

Nach der Harzburger Tagung ist den Nationalsozialisten die Verbrüderung mit dem Privatkapitalisten Hugenberg peinlich geworden. Ihre Führer erklärten der beunruhigten Anhängerenschaft, daß die Nationalsozialisten Herrn Hugenberg ähnlich zu behandeln beabsichtigen, wie Mussolini die bürgerlichen Parteien Italiens: Man würde sich seiner zum Siege bedienen und ihm dann einen Fußtritt geben. Mit dieser — für ihn wenig schmeichelhaften — Auffassung hat sich Hugenberg am Sonntag in einer Darmstädter Versammlung der DNVP auseinandergesetzt. Nach dem Bericht seiner Konzernpresse äußerte er dabei:

Wir haben auch nicht die Absicht, wie es irgendwo einmal von nationalsozialistischer Seite lebenswürdig angedeutet ist, uns als „Mischmasch“ zu fühlen, als Warrspann benutzen und dann — dabei würde als Muster Mussolini genannt — einen Fußtritt geben zu lassen. Lassen Sie das bitte als jugendlichen Ueberdruß ab, erfüllen Sie ruhig denselben jugendlichen Ueberdruß. Sollen in dieser oder jener Beziehung Meinungsverschiedenheiten und Schwereigkeiten entstehen, so wird das gemeinsame Interesse zur Sache und zum Vaterlande den Ausweg weisen.

Herr Hugenberg nimmt die nationalsozialistische Drohung nicht schwer. Das ist um so beachtenswerter, als er in der gleichen Rede das Wesen seiner Partei noch einmal dahin definiert hat, daß die Deutschnationalen „nicht Sozialisten, sondern ausgesprochene Anhänger der Privatwirtschaft sind“. Aus der Geringschätzung, mit der Hugenberg die nationalsozialistische Drohung aufsaht, geht hervor, daß die Schwerindustrie sehr wohl darüber unterrichtet ist, daß es mit dem „Sozialismus“ der Nationalsozialisten nichts auf sich hat, daß dieser vielmehr ein auf die Massen berechnetes Täuschungsmanöver ist.

Herr Hugenberg scheint dafür nicht nur Garantien, sondern auch Dokumente zu besitzen. Er führte aus:

Wie steht es mit der nationalen Opposition? Ist sie sich einig? Oder läßt sie wieder auseinander wie nach dem Young-Plan-Volksbegehren? Ich will Ihnen ganz offen darauf antworten. Ich glaube es zu können. Denn ich bin derjenige gewesen, der beide Male zur Zusammenarbeit gedrängt hat. Ich bin nicht ohne Dokumente über die Sachlichkeit und den Eifer dieses Bestrebens.

Er pocht also gegenüber Dittler auf die Papiere — das läßt tief blicken! Der „Baltische Beobachter“ antwortet auf diese Rede sehr unvorteilhaft. Zusammenfassend wird den Deutschnationalen gesagt, gewisse Kreise bei ihnen hätten noch nicht begriffen, daß sie sich erst hinter dem Rücken der kämpfenden Front wieder hätten sammeln können, und schließlich bekommt sogar Herr Hugenberg höchst persönlich noch ein Ausgemerzt: „Es macht sich nicht gut, wenn angeichts solcher Taktik unter dem Druck zu spät gekommenen auch Hugenberg öffentlich über unser „Jugendüberdruß“ spricht. Aus den Worten etwa eines Dr. Stadler erhebe sich eine hoffnungslose Vergeißelung vergeblichen Auspruchs auf Geltung. Zum Schluß heißt es in dem Artikel wörtlich: „Wir hoffen, daß Hugenberg gegenüber gewissen Herren in seinem Lager den Ton findet, den wir zu erwarten berechtigt sind.“

Waffenfund in Naumburg.

Eine neue Belastung für den Stahlhelm.

Naumburg a. d. S., 9. November. (Eigendruck.)

In Naumburg a. d. S. wurde von Beamten der Wehrpolizei in der großen, zur Zeit leerstehenden Möbelfabrik Ferdinand Schneiders ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Außer mehreren schweren und leichten Maschinengewehren wurden eine große Anzahl Militärgewehre Modell 98 und mehrere 10000 Schuß Munition beschlagnahmt.

Die Firma Schneider ist mit allen reaktionären und unfraktionären Pläne, die je in Naumburg gepflast haben, aufs engste verbunden. Der Schwiegersohn Schneiders, der bekannte Marineoffizier Dittmar, ist vor Jahren wegen Hochverrats (Bestellung am Rapp-Putsch) zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, wurde aber kurze Zeit nach dem Urteil aus dem Gefängnis befreit und floh nach Italien, wo er sich zur Zeit noch aufhalten soll. In letzter Zeit wurde in der Schneiderschen Fabrik dem Jungstahlhelm, der sich vor allem aus Schülern des Naumburger Domgymnasiums zusammensetzt, theoretischer und praktischer Militärunterricht erteilt — offenbar ganz im Sinne der Lehrer des Domgymnasiums, von denen sich viele politisch staatsfeindlich betätigen; den Gymnasialen erlauben sie, bakenkreuzgeschmückt in der Schule zu erscheinen. In der Schneiderschen Fabrik ist auch die Stahlhelmlühe untergebracht, die im vorigen Jahre eine städtische Subvention in Höhe von 1000 M. aus Steuermitteln erhielt.

KPD. und Reichswehr.

40 Verlegungsschriften festgesetzt. — 26 Verteiler verhaftet.

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Verlegungstätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli des Jahres sind nicht weniger als vierzig verschiedene kommunistische Verlegungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zeitblätter der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden. In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zeitungsverteiler im gleichen Zeitraum von der Truppe auf freier Tat erlappt und der Bestrafung zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Verlegungstätigkeit nach wie vor nicht beschieden gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beinschließung unterlagen, ist verschwindend gering. Die Truppe wird auch in Zukunft allen weiteren Verlegungsversuchen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegenzutreten. Zur energischeren Bekämpfung der gesteigerten Verlegungstätigkeit der KPD. enthält bereits die Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 erhebliche verschärfte Strafbestimmungen. Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Der Zustand des Landtagspräsidenten Bartels hat sich nach vorübergehender Besserung wieder verschlechtert; es haben in der letzten Zeit mehrfach Konsultationen der Professoren Souverbrach, Max Zondel und Hermann Zondel am Krankenbett stattgefunden.

Der Gedenktag der Revolution.

Gewaltige Kundgebung im Berliner Sportpalast.

Die Revolutionsfeier, die von der Sozialdemokratischen Partei gestern um 20 Uhr im Berliner Sportpalast veranstaltet wurde, war mehr als eine Stunde des Gedenkens. Die Tausende Berliner Arbeiter, die gekommen waren, gestalteten sie zu einer feierlichen Bekundung des Kampfwillens und des Bekenntnisses zur Partei der Arbeit, zur Sozialdemokratie.

Es ist das gleiche Erlebnis, das wir gerade in den letzten Kampfmomenten gegen den Faschismus bei allen großen Veranstaltungen der sozialistischen Berliner Arbeiterschaft mitgemacht haben: schon eine Stunde vor Beginn strömten die Menschen heran, um 19½ Uhr war der Innenraum, waren der erste und der zweite Rang besetzt, und die noch in immer neuen Scharen kamen, mußten hinaus nach oben. Aber schon nach fünfzehn Minuten war auch hier kein Platz mehr zu haben. Eins aber unterscheidet die Kundgebung der Sozialdemokratie von den Veranstaltungen der radikalen Parteien grundsätzlich, und gerade das wurde gestern wieder offenkundig. Da ist kein heftiges, überhitztes Fanatismus, kein Lärm, keine Ekstase, da braucht kein Theater gemacht und kein Kadavergeschlagen zu werden, da ist die organisierte Masse schlichtweg, zielbewußt und kampfesmutig, stark und geschlossen in sich, da ist der feste Block, an dem sich der Gegner den Schädel einrennen muß, weil wir ihm organisatorisch, weil wir ihm geistig und sittlich überlegen sind. Das macht die Kundgebungen der Sozialdemokratischen Partei immer wieder zu einem starken und bleibenden Erlebnis.

Die Musik setzt ein. Erste Horstings-Dichtung „Viele sind stark“ erklingt nach der Musik von Kurt Wechsungen. Die Chöre des Arbeiter-Sängerbundes und des Arbeiter-Sinfonieorchesters wirken zusammen. Stürmisch begrüßt, haben die Träger der roten Banner, an der Spitze die Sportler, im leichten Sportkleid, Surfschuh und Rittels, Alte und Junge im strammen Schritt, dann die Jugend, mit dem jüngsten Jahrgang der Schulklassen an der Spitze, und zum Schluß Bannerträger der Parteiführer, in deren Reihen wieder der Veteran mit dem Nachwuchs Seite an Seite schreitet. Der gewaltige Raum bietet ein herrliches Bild: an den Wänden, an den Säulen, von den Balkonen das rote Ehrenrot des Sozialismus und mahnend die Bilder der Vorkämpfer Marx und Engels, Bebel und Liebknecht.

Wiffells Festansprache.

Von stürmischem Beifall empfangen, nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Rudolf Wiffell das Wort. „Wenn es nach den Beschlüssen der Harzburger vom 10. Oktober ginge, dann hätten wir in diesen Tagen Reichstagswahlen. Vor dreizehn Jahren freilich waren die Herren unsichtbar geworden wie ihr oberster Kriegsherr. Als damals, 1918, der Herbststurm die morschen Throne umstürzte, waren wir Zeugen eines Ereignisses von weltgeschichtlicher Bedeutung. Ebenso bedeutungsvoll aber ist der Herbst 1931, der durch ein wirtschaftliches Erdbeben die ganze Welt erschütterte. Zwischen dem Herbst 1918 und dem Herbst 1931 besteht ein ursächlicher Zusammenhang.

Dieselben Ueberpartisten, die heute die Harzburger Front bilden, hatten bis kurz vor dem Zusammenbruch auf einen Gewaltstreich gehofft, der dem Feinde nur die Augen ließ, damit er weichen könne. Als dann jene, die weichen sollten, Sieger waren, erwarteten sie ein blaues Wunder, das nicht kommen konnte.

Das Nordsee auf, über und unter der Erde, auf, über und unter dem Wasser, bei dem der Schnitter Tod nicht mehr mit der Sense, sondern mit Nordostschneisen in Sekunden und Minuten Laufende niederstredte, ging zu Ende. Aber die Zeit, die die Flugzeuge mit den Menschen darinnen als lodernde Flammenbälle niederstürzten, als in den Gräben und Trümmern Hunderte und aber Hunderte lebendig begraben waren, als auf dem Wasser die Menschen glühend verbrähten oder im U-Boot erstickten, scheint von weiten Kreisen vergessen zu sein. Vergessen das Meer von Tränen, vergessen Schrecken, Mitleid und Mangel, vergessen Grausamkeiten und Unmenslichkeiten, die uns damals mit Entsetzen und Erbarmen erfüllten. Wir erlebten 1918 — physisch, moralisch und psychisch —

Macdonalds Guildhall-Rede.

Deutschlands Verhältnis zur Welt muß „überholt“ werden.

London, 9. November.

Auf dem alljährlichen Guildhall-Bankett, das der Lord-Mayor von London zu Ehren der Regierung und des diplomatischen Corps veranstaltet und dem in diesem Jahr besondere Bedeutung wegen der jüngsten Wahlen zum, hielten mehrere Kabinettsmitglieder, darunter Macdonald, politische Reden. Der Ministerpräsident betonte zunächst den „nationalen“ Charakter seiner Regierung, die aus mehreren Parteien besteht. Sodann führte er aus:

„Die Wirtschaft Europas müsse geregelt und rationalisiert werden. Vorher kann keine Nation in Europa eine Grundlage für stabile wirtschaftliche und industrielle Bedingungen finden.“

Die augenblickliche Lage Deutschlands im Verhältnis zu dem übrigen Teil der Welt müsse der Gegenstand einer „dringlichen „Überholung“ werden.

Bei der Deutschland selbst ein williger Mitarbeiter sein müßte, und endgültige Vereinbarungen müßten erzielt werden, die erträglich und durchführbar seien, die nicht in ihrer Auswirkung zu immer größeren finanziellen und handelschwierigen führten; die ferner nicht verhinderten, daß der internationale Austausch der Waren und Dienste in normale Bahnen zurückkehre.

Macdonald fuhr fort: Wir haben den dringlichen Zusammenbruch der Doktrin nationaler wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit

erlebt, und wir haben den Historikern und den Wirtschaftlern aller Zeiten Material für viele Studien über die Unwirksamkeit und Unzulänglichkeit dieser Doktrin geboten.

Sodann erwähnte Macdonald das englische Volk, ihm und seiner Regierung Zeit zu lassen, denn die Krise könne nicht von heute auf morgen erfolgreich überwunden werden. Das wichtigste Problem sei die Herstellung des Gleichgewichts im Etat. Bezüglich der Stabilisierung des Pfundkurses erklärte er:

„Wir haben die Absicht, sobald es die Umstände zulassen, Maßnahmen zu treffen, durch die die englische Währung unbedingt auf einer solchen Basis stabilisiert wird, die sie von spekulativen Bewegungen oder Tagesgeschwankungen unabhängig macht.“

einen dreifachen Zusammenbruch. Der physische Zusammenbruch war offenbar, als die Heeresleistung den Reichsführer Mag von Baden zum Erlaß der Waffenstillstandsbitte zwang. Es herrschte eine Moral mit doppeltem Boden. Die Ströme roten warmen Menschenblutes draußen wandelten sich den Kriegsgewinnlern daheim zu Strömen glänzenden, gleichenden Gewinnes. Die Seelen aber brachen zusammen, weil Mütter und Bräute, Väter und Kinder des Liebsten beraubt wurden! Nach einem verbrecherischen Dauermissbrauch durch jene, die sich heute wieder Führer nennen wollen, erfolgte der Zusammenbruch.

Damals, als niemand mehr da war, haben wir Sozialdemokraten das Reich gerettet. (Stürmische Zustimmung.)

Als die Armee zerstückert und der Kaiser und Kriegsherr schmachvoll geflohen war, lagen die Fügel am Boden. Wir Sozialdemokraten hoben sie auf und übernahmen die Verantwortung. Wir schufen die Verfassung der Republik, die für uns ebenso wie der Friedensvertrag von Versailles kein letztes Wort ist. Wenn diese Uebernahme der Verantwortung in schwerster Zeit ein Verbrechen ist, nun gut!

Wenn andere die Köpfe der Männer toten lassen wollen, die dieses Verbrechen begingen, dann warnen wir sie: sie könnten sich die Köpfe einrennen. (Stürmischer Beifall!)

Wiffell behandelte dann den schweren Herbst 1923 und verglich ihn mit dem Herbst von heute. Der vorangehende Kapitalismus hat sich einen Stützpunkt geschaffen im Nationalsozialismus. Durch ihn will er die Dummheit mobilisieren, um das, was die Arbeiterschaft errang, rückgängig zu machen. (Sehr richtig!) Wir haben etwas erreicht: Arbeitsrecht, Schlichtung und Rückbestimmung der Arbeiterschaft waren in den Bürostuben der Kaiserzeit unbekannt.

Wer die Errungenschaften leugnet, würde die Verwirklichung sozialer Rechte spüren; wenn Dittler und Hugenberg zur Macht kämen.

Die feste Ueberzeugung vom Bestande der sozialistischen Idee bann unsere Zweifel und steigert gerade in der Notzeit unserer Kampfesmut. Parteien, die dem Kampfe ausweichen, schwinden dahin. Wir werden nicht ausweichen! (Begeisterte Zustimmung!) In unseren Herzen ist der Idealismus lebendig, bei uns ist die stärkere geistige und moralische Kraft. In Beharrlichkeit gehen wir den Weg weiter, der zum Sozialismus und zur Befreiung der Arbeiterschaft führt. Unter der Siegfried-Flagge! (Wiffell wird eine langanhaltende Ovation gebracht.)

Die künstlerische Umrahmung.

Vor einem Bald von roten Fahnen erklingt als feierlicher Auftakt Beethovens Schicksalslied, der erste Satz der 5. Sinfonie unter Georg Oskar Schumann, der die musikalische Gefamilehung der Feier inne hatte und diese Aufgabe bewundernswürdig löste, vom Berliner Sinfonieorchester gespielt. Nach dem jündenden, von Otto Reier gedichteten „Vorspruch“ folgten „Wakru“ von Tieck mit der immer wieder hinreißenden Melodie der Marschmuse sowie Russorgstys „Sonnenhymne“, beide Chöre von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes — den gemischten Chören: Volkshor Wabul, dem Jungen Chor und Harmonis-Charlottenburg — ausgeführt; dann der Ralocyy-Marsch von Berlin als großartige Einleitung der Festansprache. Nach der Ansprache: der dritte Satz von Tschalkowskys 6. Sinfonie; vier Sätze aus Liszets „Aufmarsch“, der sich im ungeheuren Raum aufs schönste bemährte; endlich „Wie lange noch Prolet“, ein Chorwerk für Sprechchor von Bruno Schöniant. Der von Albert Florath geleitete „Sprechchor für proletarische Feiertage“ sowie die Einzelsprecher Viktor Gehring und vor allem und ganz ausgezeichnet Martha Sohn verhalfen der Dichtung zu wirkungsvoller Wiedergabe.

Die von Tausenden begeisterter Menschen gesungene „Internationale“ beschloß die Feier; eine Feier von kraftvoller Einheitlichkeit und herrlicher Geschlossenheit.

Schließlich sagte er bezüglich der Abrüstungskonferenz, diese könne von den gegenwärtigen Verhältnissen in der Welt nicht losgelöst werden. Die englische Regierung werde bis zum äußersten an einem Erfolg der Konferenz arbeiten.

Sie werde auch die Einladung der Kanadischen Regierung zu der Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreiches annehmen. Er habe den zuständigen Minister ersucht, die verschiedenen Dominien zu besuchen, wodurch es ihm möglich werde, die allerbesten Informationen aus eigener Anschauung zu erhalten. England müsse hart arbeiten und jähren Unternehmungsgelbst ausbringen. Macdonald schloß, wenn man der Welt zeigen wolle, was nationale Einheit bedeutet, so könne dies nicht etwa an einem Tage oder in einem Monat geschehen, und zwar durch die Arbeit des gesamten Volkes.

Aus den vorangegangenen Reden sei noch die Mahnung des Kabinettsmitgliedes Lord Sanken zu verzeichnen:

„Seid britisch und kauft britische Waren!“

Das wird den anwesenden Vertretern des diplomatischen Korps besonders angenehm in den Ohren geklungen haben, namentlich dem französischen Botschafter de Fleuriau, der im Namen des diplomatischen Korps vorher einen Trinkspruch gehalten hatte. Diese Mahnung richtet sich nämlich nicht zuletzt gegen die französischen Luxusartikel, die durch besonders hohe Prohibitivzölle bekämpft werden sollen.

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder feiert sein zehnjähriges Amtsjubiläum. Hirtfelder, der dem Zentrum angehört, stammt aus der Arbeiterschaft. Er hat im Amt Verständnis für die sozialen und politischen Räte der deutschen Arbeiterschaft gezeigt und sich als aufrechter Republikaner Verdienste erworben — damit zugleich den Haß der Gegner der Republik. Der Haß hat ihn so wenig wie andere republikanische Staatsmänner auf seinem Wege aufgehalten.

Schlange-Schönungen verabschiedet. Der Reichspräsident empfing gestern den neu ernannten Reichskommissar für die Ostküste, Reichsminister Schlange-Schönungen, zur Vereidigung. Hieran schloß sich ein Vortrag des neuen Reichskommissars über die Reorganisation der Ostküste und die nunmehr in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schläffer wurde am Montag vom Schnellrichter in Stuttgart zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Schläffer hatte am Sonnabend in einer kommunistischen Versammlung entgegen dem polizeilichen Verbot eine Rede gehalten.

Leute zu Tietz: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Verkauf sowohl Vorrat, Neugeschäfte vorbehalten. Preise zur Dienstag und Mittwoch. Fleisch u. leichtverderbliche Waren sind vom Vorrat ausgeschlossen. Zusatzenberg von Lebensmitteln bei Bestellung v. 5,00 an

Suppenfleisch Pfd. von 0,58	Frisches Fleisch Schweinebauch 1 Pfd. 0,70 Schweineschinken mit Bein od. -Stück Pfd. von 0,75 Schweinekamm oder -Schelft, ohne Bellage Pfd. 0,84 Schweinekotelett Pfd. 0,88 Rückenfettbraterei Pfd. 0,68 Eisbein - Splitt, gep. Pfd. 0,58 Schweinenieren Pfd. 0,74	Fische und Räucherwaren *Amurlachs gr. Lg. Pfd. 0,45 *Kabeljaur. s. L. Lg. Pfd. 0,20 *Seelachs gr., ohne Kopf, Lg. s. Lg. Pfd. 0,16 *Schellfisch Pfd. 0,22 *Rotbars Pfd. 0,18	Mastgänse Pfd. von 0,78
Molkereibutter Pfd. 1,14	Obst und Gemüse Grosse Kochäpfel Pfd. 0,12 Kochbirnen 3 Pfd. 0,20 Pastorenbirnen .. Pfd. 0,10 Hasenköpfe Pfd. 0,10	Käse und Fette Allerfeinste deutsche Markenbutter Pfd. 1,42 Dänische Butter Pfd. 1,44 Tilalier vollfett Pfd. 0,88 Harzer Käse Pfd. 0,32 Frühstückskäse halbfett 3 Stück 0,25	Möhner frisch Pfd. von 0,74
Margarine od. Schmelz 3 Pfd. 0,98	Kolonialwaren Bruchreis 2 Pfd. 0,25 Tafelreis Pfd. 0,20 Weisse Bohnen 2 Pfd. 0,25	Wurstwaren Mettwurst russische Art Pfd. 0,92 Jagdwurst Pfd. 0,92 Feine Leberwurst Pfd. 1,15 Zerelat od. Salami Pfd. 1,24 Fetter Speck Pfd. 0,88 Magerer Speck .. Pfd. 1,05 Schinkenspeck .. Pfd. 1,38	Möhner getrocknet Pfd. von 0,78
Sprossen Kiste ca. 1 Pfd. brutto 0,34	Grünkohl Pfd. 0,07	Konserven 1/2 Dose Gemüseerbsen 0,52 Hausalmischung aus getrockneten Erbsen .. 0,45 Karotten geschnitten .. 0,38 Spinat 0,42	Hirschblätter Pfd. von 0,56
Linzen 3 Pfd. 0,25	Wurstwaren Apfelmus tafelfertig ... 0,55 Pflaumen mit Stein ... 0,58 Pflaumen ohne Stein .. 0,72 Birnen wasser, 1/2 Frucht 0,90		Hirschkeulen Pfd. 0,94
Viktoria-Erbisen 3 Pfd. 0,35			Wildgulasch Pfd. 0,75

Schlager-Angebote aus unseren Wohlfeilen Wochen!

Damen-Mäntel ganz gefüttert, mit gross. Polsterung, St. 29,50
Morgenröcke gute Flanell- qualität, mit far- bigem Besatz und reicher Stickerei, Stück 3,50
Nachthemden für Damen, mit langem Ase- meln u. Schickelworte, guter Stoff, Stück 2,95
Damen-Hemdchen Mako feinfädig Stück 0,95
Damen-Strümpfe künstliche Wäsche, moderne Herbstfarben Paar 0,95
Herren-Hüte moderne Farben Stück 2,90

Ein aussergewöhnliches Angebot in Linoleum!

Linoleumläufer es. 30 cm 60 cm 67 cm 90 cm 110 cm breit
teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern, Meter **0,95 1,20 1,40 1,80 2,20**

Linoleumteppiche es. 130 x 200 cm 200 x 250 cm 200 x 300 cm
teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern Stück **7,90 12,90 15,75**

Linoleum-Auslegeware gemastert, teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern Quadratmeter **1,95**

Plüsch-Reise-, Auto- und Schlafdecken zweiseitig, bis 200 cm lang, darunter schwere Mohairplüschqualitäten Stück **19,75**

Monteuranzüge gute Dreifach Stück 4,50
Crêpe marocain schwere rein- seidene Quali- tät, schwarz und viele Farben ... Meter 3,90
Küchenhandtücher Gestrickungewebe, weiss-rot gestreift, abgep., gew. und geb., ca. 30/100 cm, Stück 0,56
Linongarnitur gute kräftige Qual., 1 Deckbett, 1 Kiss- kissen, 1 Kissen mit elegantem Wickel- 4-jähr-Einsatz, im Gasbrennkarten 7,50
Toiletteseifen fein parfümiert, 6 Stück in Cellulose-Packung, 800 g 0,95

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Dienstag, den 10. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Madame Butterfly

Städt. Schauspielhaus
Gesellschaft
20 Uhr
Wallensteins Lager / Die Piccolomini

Schiller-Theater
Gesellschaft
20 Uhr
Die Herde sucht

Winter Garten
8.15 Uhr Platz 3434
4 Queens, Gaston Palmer
2 Olveras, 2 Hochneys
u. s. w.

NUR NOCH 8 TAGE!
GROSSES SCHAUPIELH.
TÄGLICH 8 UHR
REGIE: **Im Weissen Hof**
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise!

Theater am Nollendorfplatz
Letzte Woche!
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in:
Der beschleunigte
Personenzug

„Rosenthaler Hof“
Rosenthaler Str. 11-12
3 Säle, 6 Vereinszimmer
zu Versammlungen und
Festlichkeiten

Unserem lieben Genossen und
Widwittensleiter
Albert Geßner
zu seinem 50. Geburtstag die herzlich-
lichen Glückwünsche
SPD, 100. Abteilung

Hierdurch allen Verwandten und Freunden die
Nachricht, dass mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger-
vater, Schwiegervater, Bruder, Onkel und Schwager,
der Kellner
Fritz Braun
im Alter von 57 Jahren am 7. November nach kurzem
schweren Leiden verstorben ist.
Emma Braun geb. Kooft
und Kinder.
Berlin N 60, Center Straße 6.
Die Beerdigung findet am 11. d. M., 15 Uhr, am
dem Friedhof in der Barfußstraße statt.

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
Europ. Debut
Walter DARE WAIL
„Die Brüder aller
Erzähler“
4 Urbanis
The 6 Marveils
Chartons
neue Musikstücke
und weitere Attrakt.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Stettiner Sängers
Die neue Burleske
„Der arme Kasimir“
Nachmittags halbe Preise, volles Programm!

Auswachen!
8 1/2 Uhr: Zentral-Th.
Altstadtkstr. 30-32
Sonntags auch 5 1/2
**Schwarzwald-
mädel**
Irene, Insa, Wini
Jessel dirigiert
Orchester, Park-Fant. 8.50
Mittwoch 4 Uhr
Harry Goody in
Hänsel u. Gretel
Prof. Kroll dirigierte Orchester

Dauerwellen
garantiert erstklassig, von 30 Mk. an
Farben naturgetreu, Ia. Omalation

Salon Schwidder
Lindenstraße 9.

**Mein Kapitän-
Kautabak**
schmeckt mir doch am besten!

ZIEHUNG
19. UND 21.
DEZEMBER
1931

**Arbeiterwohlfahrt
Duisburger-Lohn**
50 Pf
DOPPELLOSE 1.- RM.
PORTO UND LISTE 30 Pfg. EXTRA

PLAZA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
Sonnt. 2, 5 u. 8, 15
Die lustige
OPERETTE:
„Der Soldat
der Marie“

8 1/2 Uhr
CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 57.
Volkstheater
Mecker-Fritze
Dazu das Singspiel „Erwischt“
und das neue bunte Programm!
Gutschein 1-4 Personen
Parkett nur 50 Pf.
Festspiel 1.- Mark, Sessel 1,50 Mark

Theater in der
Schillinge
Regie: A. Licho

Gegen Husten
Heiserkeit, Bronchialkatarrh, Keuch-
husten, asthmatische und Stich-
hustenanfälle, Verschleimung der
Luft- und Rachenwege, Beschwerden
der Atmungsorgane, u. Grippe-
anfalle hat sich Hennigson's
● Primussin ●
seit 20 Jahren hervorragend bewährt.
Da Arzt empfohlen, ist Primussin das
Hustenmittel mit Erfolg f. Erwachsene,
u. Kinder. Preis pro Flasche 2,80 RM.
Nur Hennigson's Primussin verlangen.
In jeder Apotheke erhältlich.
Heinrich Hennigson
Chemische Fabrik
Berlin-Lichterfelde-Ost
Luisenstraße 17
National erhältlich in der Preis-
zettelbuch, Berlin, Leipziger Str. 53

143 696 GEWINNE UND 2 PRÄMIEN
IM GESAMTWERTE VON RM.
500 000
HÖCHSTGEWINN AUF EIN DOPPEL-
LOS IM WERTE VON RM.
60 000
HÖCHSTGEWINN AUF EIN EINZEL-
LOS IM WERTE VON RM.
30 000
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JERM.
20 000
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JERM.
15 000
U. S. W. U. S. W.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Der Mitgliede zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Schloffer
Paul Mülle
geboren 8. Oktober 1874, am 7. Ro-
ember gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 11. November, nachmittags
17 1/2 Uhr, im Krematorium Gerdt-
straße 57, statt.
Von Blumenpenden und Beileid-
besuchen bitte Abstand zu nehmen.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntags 5 und 8 1/2
**Die Blume
von Hawaii**
Operette, Abraham
Preis von 50 Pf. an

Internationales Theater
(kleines Theater) Unter den Linden 44.
Geschlossen
wegen Vorbereitung zu
Aufführung
3 Akte von Vera Bern mit Hedwig
Wangel u. H. Ad. v. Schietow

Theater im
Admiralsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dubarry
mit
Gitte Alpar
Preise v. 0,50 M. an

In der Buchhandlung
traf soeben die neue Auflage ein
von Franz Kühns,
Der Aufstieg
Ein Führer durch die Geschichte der deut-
schen Arbeiterbewegung ...
Bis in die Gegenwart fortgeführt.
Gebunden Mk. 2,50, kartoniert Mk. 1,70
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. GmbH.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
und sämtliche Vorwärts-Speditionen

Glücksbriefe mit 10 Losen 5 RM.
mit 20 Losen 10 RM.
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch
mit 90 Prozent ausgezahlt.

Lose zu haben bei den Kreisleiterinnen
der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der
Konsumgenossenschaft, Vorwärts-Pfaffen,
Wertheim, Singer und Hermann Tietz.

geboren am 31. August 1876
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 11. November, nachmittags
17 1/2 Uhr, im Krematorium Gerdt-
straße 57, statt.
Ihre ihrem Adenten!
Rage Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntags 5 und 8 1/2
**Das Drei-
müderhaus**
mit
Maria Faudler
Cuttman, Englisch
Preise v. 50 Pf. an

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Průver
Konzert Nr. 11 - 11. März
(F. Thoma) Sinfonie Nr. 6
Pethelique - Dabulovsky.
Eintritt 1 M.

Restaurants
HAUS VATERLAND
RESTAURANT
KURFÜRSTENDAMM
Bismarck 44/45
8 1/2 Uhr
Die Komödie
8 1/2 Uhr
Jemand
Von Franz Volgar
Regie: Gustaf Erdtman.

**Einheitsverband d. Eisenbahner
Deutschlands, Ortsgruppe Berlin**
Der Mitgliede zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Pensionär
Otto Ristow
früher Schmieb, im 44. Lebensjahre
am 6. November gestorben ist.
Ihre seinem Adenten!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 11. November, 17 1/2 Uhr, im
Krematorium Ebersdorf, Berliner
Straße, statt.
Um gefällige Beteiligung bitten
Die Ortsverwaltung